

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 4.50 RM, monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats
 1.50 RM, unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich 1.60 RM,
 2.- RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM, monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragene in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheinung täglich.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die siebenstellige Anzeigen-
 zeile 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 wählige 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengröße
 und Schließendangelegenheiten das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Geschäftsbesorgung
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Mittwoch, den 23. Januar 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90-151 97.

Die Ereignisse in Oesterreich.

Die Streikbewegung.

Wien, 23. Januar. (L. U.) Die Streikbewegung der Arbeiterschaft ist zu Ende; das Straßenbild in den Arbeiterbezirken und in ganz Wien hat wieder sein normales Gepräge erreicht. Auch die gesamten Wiener organisierten Zeitungsetzer traten am Freitag auf Sonnabend in den Streik und so erschien die Wiener Presse bis Montagabend nicht. Nur die „Arbeiterzeitung“ gab in Form von „Mitteilungen an die Arbeiter“ alle den Streik und Frieden betreffenden Mitteilungen der Öffentlichkeit bekannt. Zum letzten Male erschienen diese „Mitteilungen“ am Sonntag, den 20., und sie enthielten einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, worin es heißt:

„Die Verhandlungen mit der Regierung wurden heute beendet. Die Regierung hat ihre Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft den freigewählten Vertrauensmännern der Arbeiter und Arbeiterinnen mitgeteilt. Wir erblicken den Wert der Darstellungen der Regierung vor allem darin, daß diese sich nicht damit begnügt hat, in allgemeinen Redewendungen ihre friedlichen Absichten zu bezeichnen, sondern über die konkreten Fragen, die den Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden, vor allem über die polnische Frage, Auskunft gegeben hat. Handelt die Regierung nach ihrer heutigen Erklärung, so kann und wird

der Friede an diesen Fragen nicht scheitern

und damit ist die größte Gefahr, die dem Friedensschluß mit Rußland entgegenstand, beseitigt. Was die Ernährungsfragen anbelangt, hat die Regierung unsere Forderungen — die Abschaffung des Privilegs der Selbstversorgung und die Einschränkung der Lohnmüllerei — angenommen. Ferner hat sich die Regierung verpflichtet, die Demokratisierung des Gemeindeführers zu fördern und ihren bisherigen Standpunkt, die Gewerbe, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen einführen, nicht zur kaiserlichen Sanktion vorlegen zu können, endlich aufgegeben. Schließlich hat die Regierung der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe und der Aufhebung des Kriegseistungsgesetzes grundsätzlich zugestimmt und sich verpflichtet, dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitsverhältnis im Kriege auf zivilrechtliche Grundlage stellt und die Arbeiter von der Bedrohung durch die Militärtribunale befreit. Dafür, daß diese gewiß wertvollen Versprechungen nicht leere Versprechungen bleiben, bürgt uns die Macht der Arbeiterklasse selbst.“

Aus diesen Gründen hat der Wiener Arbeiterrat einstimmig beschlossen, die freilebende Arbeiterschaft Wiens zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß angeschlossen und fordert die Arbeiterschaft ganz Oesterreichs auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Erklärungen der Regierung wurden in einer Konferenz einer Abordnung der Vertrauensmänner mit der Regierung am Sonnabendabend abgegeben. Hierauf trat eine große Vertrauensmännerversammlung im Wiener Eisenbahnhof zusammen, der diese Erklärungen bekanntgegeben wurden. In dieser Versammlung ergreift auch der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, der Abgeordnete Dr. Viktor Adler, das Wort und sagte u. a.:

„Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war.“

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle, aber wir haben ein Dokument, das nicht nur uns mitteilt, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Denn es ist festgelegt worden, daß der Kaiser und der Minister des Äußeren nach wie vor in den allgemeinen Frieden zustimmen und daß der russische Friede nur die

Einleitung zum allgemeinen Frieden

sein soll. Ferner ist nochmals festgelegt, daß Graf Czernin nach wie vor an den Grundgedanken der Abrüstung und Schiedsgerichte festhält. Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratsschläge zu geben, aber meine Meinung ist, eine Situation ist auszuweichen bis zum Äußersten. Wenn das aber geschehen ist, soll man nicht weiteres riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das ist ein einmal gebrochener. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind nach auf der Welt!“ (Stürmische Zustimmung.)

Einigung in Ungarn.

Wekerle für Frieden und Wahlrecht.

Budapest, 21. Januar. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Ministerpräsident Dr. Wekerle empfing eine Arbeiterabordnung, die eine Denkschrift mit den Beschlüssen der Arbeiterversammlungen überreichte. Der Denkschrift zufolge drückten die Arbeiter den Wunsch aus, daß die auswärtige Vertretung der Monarchie einen anzugelösten, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Frieden ehehaltig abschließe, daß der dem Abgeordnetenhaus unterbreitete Wahlrechtsentwurf ohne Verzögerung verhandelt werde, und daß, falls die Tisza-partei die Erledigung verhindern sollte, das Haus aufgelöst werde. Sodann wünschten die Arbeiter eine gerechte und billige Verteilung der Lebensmittel und Bedarfsartikel an die Arbeiter. Der Ministerpräsident verwies bezüglich des Friedensschlusses auf die bekannte Erklärung des Grafen Czernin und fügte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit voller Kraft unterstütze. Der Ministerpräsident bemerkte jedoch, daß Ereignisse wie der Streik die Friedensverhandlungen ernstlich gefährden. Falls die Arbeiter ein Zustandekommen des Friedens wünschten, müßten die entstandenen Betriebsstörungen sofort eingestellt werden. Bezüglich des Wahlrechts wiederholte der Ministerpräsident die Versicherung, daß die Regierung mit dem Wahlrecht stehe und falle. Sie werde alles tun, um das Zustandekommen des Gesetzes zu beschleunigen. Falls für das Wahlgesetz keine Mehrheit im jetzigen Abgeordnetenhaus erlangt werden könne, werde die Regierung an die Wähler appellieren. Was die Lebensmittelfrage betrifft, sagte er, so ist die Regierung zu energischen Maßnahmen entschlossen, um der durch den Krieg bewirkten schwierigen Verhältnisse Herr zu werden und eine genügende Versorgung mit Lebensmitteln durchzuführen. Die Regierung, so schloß der Ministerpräsident, gibt die Erklärung unter keinerlei Druck von außen ab, sondern um Mißverständnisse zu zerstreuen, welche mannigfach zu Betriebseinstellungen geführt haben. Die Regierung erwartet, daß die Arbeiter nunmehr zur Arbeit zurückkehren. Der Führer der Arbeiterabordnung nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, dankte und drückte die Hoffnung aus, daß die Arbeit nun in sämtlichen Betrieben aufgenommen werden würde. Am Montag früh wurde in jenen Werkstätten, wo der Betrieb unterbrochen gewesen war, die Arbeit wieder aufgenommen.

Carson zurückgetreten.

London, 22. Januar. (Neutral.) Amtlich wird mitgeteilt, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist.

Der Rücktritt dieses Hauptkriegstreibers, dieses obersten Vertrauensmannes der britischen Imperialisten, ist natürlich für England ein politisches Ereignis von Gewicht. Daß es auf die Kriegsstimmung drücken könnte, wird offenbar in den Kreisen der Regierung angenommen, und so ist alsbald ein amtlicher Kommentar des Rücktritts ausgegeben worden, der besagt, der Rücktritt sei keineswegs eine Folge von Unstimmigkeiten mit dem Kriegskabinet über die Kriegführung. Das Rücktrittsgesuch war in äußerst freundschaftlicher Form abgelehnt. Carson wünschte lediglich der Regierung freiere Hand bei der Behandlung der irischen Angelegenheiten zu geben.

In einem Brief an Lloyd George sagt Carson dann, daß er selbst „vollkommen ungebunden“ zu sein wünsche, wenn das Ergebnis des irischen Konvents eine neue Lage schaffe, und er spielt auf die Verpflichtungen an, die er gegenüber seinen Freunden in Ulster eingegangen sei. Er betont, er habe sich mit Lloyd George und den anderen Mitgliedern des Kriegskabinetts niemals in Widerspruch befunden, weder bezüglich der Kriegführung noch der Prinzipien und Ziele, für die wir kämpfen. Lloyd George bedauert Carsons Rücktritt und bestätigt ihm, daß der von ihm gewählte Weg ein Gebot der Klugheit sei.

Türkisch-englisches Seetreffen bei Imbros.

Midilli-Bredlau gesunken.

Berlin, 22. Januar. Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte und zwar der Panzerkreuzer Sultan Javus Selim (früher Göben), der kleine Kreuzer Midilli (früher Bredlau) und Torpedoboote auf den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeranflüge bei der Insel Imbros festgehalten waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Torpedobomber von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Docks schwer beschädigt und die englische Signalstation an der Kephalo-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer Midilli durch mehrere Unterwasserminen von Minen oder Unterseebooten gesunken. Sultan Javus Selim kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Ragara leicht fest; er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigung auf Strand gesetzt.

Jenseits.

Trotz alledem bleibt die Frage bestehen, wo das Ende ist. Solange nicht politische Kunst oder militärische Kraft unter dieses blutigste Kapitel der Weltgeschichte den Schlussstrich setzt, werden Millionen menschlicher Gehirne nicht aufhören, sich an jener Frage zu zermartern, werden sich um sie Parteien bilden und spalten, werden Leidenschaften aneinanderprallen und Ereignisse entstehen, die kein Prophet voraussieht. Und nicht eher wird es Ruhe geben, als bis die Macht der Tatsachen dem Wirtwart draußen und drinnen ein Ende macht.

Auf vielen Gebieten der Weltpolitik stehen wir seit ein paar Tagen vor neuen Ereignissen, die wir erst geistig verarbeiten müssen, während das Denken der meisten noch in gewohnten Bahnen einherläuft. Die Kriegsbegehr Lloyd George und Wilson“ halten auffallend friedensfreundliche Reden. Die bis zum äußersten nationalistischen Arbeiter Englands treten gegen das neue Militärgesetz in den Streik, in einer Berliner Zeitung konnte man gestern sogar vom Generalstreik lesen, der in Manchester ausgebrochen sei. Die Arbeiter Schottlands wollen folgen. Carson, der Mann, der es ohne das linke Rheinufer nicht machen wollte und seitdem für alle Friedensfreunde Englands die Hellscheibe der schärfsten Angriffe war, ist aus dem Kriegskabinet ausgetreten.

Eine andere Berliner Zeitung veröffentlicht eine sehr interessante Statistik über die täglichen Auflagen der Londoner Zeitungen, aus der hervorgeht, daß die (einem Verständnisfriede geneigten) „Daily News“ täglich eine Million Exemplare absetzen, eine Fiffte, die der gleichen sachlichen Zielen zustrebende „Vorwärts“ erst später einmal zu erreichen hofft.

Inzwischen läuft die weitere Nachricht ein, daß die Munitionsarbeiter von Woolwich, der altberühmten Waffenschmiede Englands, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker eintreten, woraus man versteht, warum der gute Professor Dearnschaw (es gibt auch in England Professoren) im „Daily Telegraph“ als dritte der drei großen Gefahren — die beiden ersten sind die deutsche Offensive und die Hungersnot — die englischen Bolschewiki nennt.

Dies ist jedoch ein Irrtum, wie er Professoren, die sich auf das Gebiet der Politik begeben, so oft passiert. Es gibt in England keine Bolschewiki, so wenig wie es solche in Deutschland gibt. Der Bolschewismus ist sozusagen die russisch-nationale Form des Internationalismus und auch in Russland nur eine Teilform von ihm. Wenn englische Arbeiter streiken oder sich zum Streik rufen, um eine friedensfreundlichere Haltung ihrer Regierung zu bewirken, so sind sie deswegen noch keine Bolschewiki, und haben wie drüben sollte man von der Meinung lassen, daß der innere Zusammenbruch die Arbeit des Schwertes vollenden wird. In Deutschland gibt es sehr viele, die mit der Politik der Regierung in der letzten Zeit sehr unzufrieden waren, aber doch keinen, der die Niederlage und den „Schmachfrieden“ will. Und ähnlich wie in Deutschland wird es wohl auch in England sein.

Je tiefer die Dinge in Russland ins Chaos zurückstürzen, desto aufmerksamer müssen wir die Vorgänge im Westen verfolgen, die für einen Stimmungsumschwung zugunsten des allgemeinen Friedens sprechen. Schon ist in der deutschen Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt einen Zweck habe, mit Einpartei-Regierungen weiter zu verhandeln, mögen sie nun kleinrussisch oder großrussisch sein. Darauf ist zu antworten: es hat einen Zweck, wenn der Frieden, der mit unbeständigen Regierungen geschlossen wird, so beschaffen ist, daß er beständig sein kann. Gar keinen Zweck aber hätte das diplomatische Erlisten eines Sonderfriedens unter Bedingungen, die von der Mehrheit des russischen Volkes als unerträglich empfunden würden. Aus der freimütigen Erklärung des Grafen Czernin vom 18. Januar entnehmen wir, daß solche Absichten auf Seiten der Mittelmächte nicht bestehen, und nun wird alles darauf ankommen, daß aus dieser Erklärung auch alle praktischen Konsequenzen gezogen werden, die sich aus ihr ehrlicher- und verständigerweise ergeben.

Es ist im Interesse beider Teile sehr zu beklagen, daß die Lagung der russischen Konstituante ein so tragisches Ende genommen hat. Denn wir sind begierig, die Stimme des ganzen russischen Volkes zu vernehmen, mit dem wir — und nicht nur mit dessen augenscheinlichen Machthabern — zum Frieden kommen wollen. Aus dem wenigen, was wir von der Konstituantezögerung wissen, erkennen wir den lebhaften Wunsch, statt eines Sonderfriedens einen allgemeinen Frieden abzuschließen. Ja, die ganze Welt rings um Deutschland ist von dem Gedanken an einen allgemeinen Frieden voll. Daß aber auch aus dem Westen jetzt verständlichere Stimmen herüberdringen, wird hier zu Lande vielfach so gedeutet, daß jene Staaten eben unmittelbar vor dem Wiederbruch

Händen. Somit wäre der Zeitpunkt erreicht, in dem es nur noch auf die berühmten letzten „fünf Minuten“ ankommt, die den Anstehenden mit dem letzten Vorbereitungen. Jedoch fünf Kriegsmomente sind keine Ewigkeiten, und in fünf Kriegsmomenten können mehr Menschen elend zugrunde gehen als in fünf Friedensjahren geboren werden. Allen, denen Wache in die Ohren geklopft wird, damit sie die Sirenenklänge des allgemeinen Weltfriedens nicht hören sollen, möchten wir die Frage ins Ohr köcheln, ob das, was in den letzten fünf Kriegsmomenten geschehen kann, für sie nichts ist, und ob es nicht die Aufgabe der Politik ist, wie vermeidliche Kriege auch vermeidliche Fortschritte des Krieges zu vermeiden, wenn sich ein ehrenvoller Weg dazu bietet.

Schönfärberei wäre es, zu sagen, daß dieser Weg schon offen liegt. Aber schon zeigen sich im blutigen Sand Spuren, die zu ihm zu führen scheinen, und es muß im Lande Leute geben, die es sich zur Pflicht machen, ihnen mit Eifer und Beharrlichkeit nachzugehen. Es ist der Hunger, der England auf den Weg zum Frieden bringt? Nun, dann wollen wir warten, nicht bis England verhungert, sondern bis es friedliebend geworden ist. Und so wollen wir handeln, nicht aus Menschlichkeit gegen die Feinde, die ja, wie viele uns sagen, nur „Humanitätsbuhlen“ ist, sondern aus Menschlichkeit gegen uns selbst. Wie erstaunlich wenig der Mensch braucht, um nicht zu verhungern, ist neuerdings an Millionen Exemplaren dieser Votierung experimentell nachgewiesen, so daß die Fortsetzung des Verhungers nicht mehr reizend kann.

Die Arbeiter wollen den allgemeinen Frieden so bald als möglich, und sie sollen ihren Regierungen sagen, daß sie ihn wollen. Und dies eine noch: Wenn die Arbeiter drüben bräunen, international zu denken und zu handeln, so werden sie bald bemerken, daß die deutschen Arbeiter nicht weniger international sind als sie selbst.

Die Ereignisse in Rußland.

Die Auflösung der Konstituante.

Der Verlauf der denkwürdigen Tagung der konstituierenden Versammlung ist noch nicht in allen seinen Einzelheiten bekannt. Wie aus den Ergebnissen der Präsidentenwahl hervorgeht, nahmen an ihr rund 400 Abgeordnete teil, mithin ist nur die Hälfte aller Abgeordneten anwesend gewesen.

Im Namen des Zentralauschusses der Sowjets wurde eine Erklärung verlesen, deren Inhalt in folgenden vier Absätzen zusammengefaßt wird, und deren Annahme durch das Parlament vom Zentralauschuß verlangt wurde:

1. Die konstituierende Versammlung beschließt, daß Rußland zur Republik der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern erklärt wird. Die Zentralregierung und die Provinzialregierungen liegen in den Händen dieser Sowjets. Die Republik der Sowjets gründet sich auf ein festes Bündnis der freien Nationen, die den Bund der nationalen Republik der Sowjets darstellen.

Artikel 2 erklärt, daß das Recht auf Privateigentum über und unter der Erde aufgehoben wird. Das Privateigentum wird zum Staatseigentum erklärt, wie auch alle Grundstücke, Wälder usw. Die allgemeine Arbeit ist obligatorisch. Der Artikel verleiht ferner die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Entwaffnung der bürgerlichen Klasse, ferner die Bildung einer roten sozialistischen Armee der Arbeiter und Bauern.

Artikel 3 billigt die Politik der Sowjets, die auf einen demokratischen Frieden auf den bereits bekannten Grundlagen abzielt. Er billigt auch die Richtigerklärung der russischen Anleihen.

Artikel 4 erklärt die Regierungsgewalt solle ausschließlich in den Händen der Sowjets und ihrer Vertreter liegen.

Der als Präsident gewählte Wiktor Tschernow hielt darauf eine längere Ansprache, eine Programmrede. Sie wurde, wie ein Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“ meldet, in ihrem ersten Teil, der von den internationalen Fragen handelt, unmerklich angelehrt.

Bei der Besprechung der Lage Rußlands bezeichnete Tschernow die gegenwärtige Stellung des Landes als sehr schwierig. Unglücklicherweise hätten die friedlichen Neigungen Rußlands bei den anderen Kriegführenden, die, wie namentlich die Zentralmächte, noch von imperialistischen Ideen erfüllt sind, kein starkes Echo gefunden. Die Deutschen haben während der Friedensverhandlungen mit Rußland gezeigt, daß sie von den durch die russische Revolution proklamierten Prinzipien noch weit entfernt sind, und daß sie nur den Frieden für ihr Reich anzuschließen suchen. Die Lage Rußlands ist deshalb schwierig und gefährlich geworden. Ich hoffe jedoch, fuhr Tschernow fort, daß Rußland sein Heil finden kann in den Sympathien der sozialistischen Arbeitermassen Europas, die alle vom Kräfte erschöpft sind. Die konstituierende Versammlung müsse die Initiative ergreifen zum Abschluß eines demokratischen Friedens.

Der Maximalist Buchin antwortete Tschernow in einer längeren Rede, in der er die vom Präsidenten dargelegten Prinzipien kritisierte, denen er ihren rein theoretischen Charakter vorwarf. Ein weiterer Redner, Wytschak, erklärte, die Methode Tschernows würde in zwei Jahrhunderten zum Sozialismus führen und für jetzt nur eine bürgerliche Republik ähnlich wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten schaffen.

Mit 273 gegen 140 Stimmen beschloß die konstituierende Versammlung, die Beratung der Erklärung der Bolschewiki zu vertagen. Dieser Beschluß war für sie keine Überraschung. Zusammen mit der Linken, der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, verließen sie den Saal, der von bewaffneten Leuten und Matrosen überfüllt war. Auch in den Wandelgängen wimmelte es von mit Gewehren und Bajonetten ausgerüsteten Soldaten, Matrosen und Rotgardisten, die sich Übergriffe an einzelnen Abgeordneten erlaubten.

Da die Versammlung nicht bereit war, die von den Bolschewiki proklamierten Grundzüge sofort anzuerkennen und sich vor der Gewalt der Sowjets zu beugen, stempelt die Erklärung also die Opponenten zu Feinden des Volkes und zu Gegenrevolutionären.

Die „Gegenrevolutionäre“, die im Saale verblieben, gingen rasch ans Werk. In der ununterbrochen dauernden Sitzung wurde der Beschluß über die Enteignung des Grund und Bodens und die Uebergabe des Landes an die Bauern gefaßt. Ferner beschloß die Versammlung, sofort auf die Bundesgenossen einer scharfen Druck zur Herbeiführung des Weltfriedens auszuüben, zu welchem Zweck Abordnungen geschickt werden sollen.

Der Versammlung war von vornherein klar, daß ihre Beschlüsse nur eine prinzipielle Bedeutung haben werden. Sie handelten in vollem Bewußtsein dessen, was ihrer in nächster

Lebhaftes Artilleriefeuer östlich von Opern. — Französischer Vorstoß in den Argonnen abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Januar 1918. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht.

Ostlich von Opern war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich, an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen.

An der übrigen Front blieb die Geschäftstätigkeit mäßig.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

In den Argonnen nördlich von Le Haut de Paris ließen französische Kompagnien nach tagelanger anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nachkampf abgewiesen.

Auf dem östlichen Masader und in der Gegend von Flixen lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen

und

Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludenhorst.

Abendbericht.

Berlin, 22. Januar 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 22. Januar 1918. Amtlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Stunde hart. Indessen, es galt eine historische Tat zu vollbringen, an welche die gegen den bolschewistischen Terror kämpfenden Parteien später wieder anknüpfen können.

Um 4 Uhr morgens drangen bewaffnete Matrosen in den Sitzungssaal des Laurischen Palais und trieben die Abgeordneten auseinander.

Das Auflösungsdekret des Zentralsowjets.

Berlin, 21. Januar. Das amtliche Dekret, mit dem die Verfassunggebende Versammlung in Petersburg aufgelöst worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die russische Revolution hat von ihrem Anfang an die Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern-Abgeordneten als die Massenorganisation aller arbeitenden, ausgebeuteten Klassen, welche einzig fähig ist, den Kampf dieser Klassen für ihre volle politische und wirtschaftliche Befreiung zu führen, an die erste Stelle gestellt. Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und erstarkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Illusionen des Einverständnisses mit der Bourgeoisie, die Falschheit der Formen des bürgerlichen demokratischen Parlamentarismus erlebten und praktisch zu dem Schlusse kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich ist; als solch ein Bruch erschien die Oktoberrevolution, die Uebergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets.

Die Verfassunggebende Versammlung, welche nach den vor der Oktoberrevolution aufgestellten Plänen gewählt wurde, war der Ausdruck des Verhältnisses der alten russischen Kräfte, als die Einigungspartei und die Kadetten die Gewalt innehatten. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der sozialrevolutionären Partei stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Parteigängern der Bourgeoisie, und der Linken, den Parteigängern des Sozialismus wählen; auf diese Weise mußte die Verfassunggebende Versammlung, welche als die Krone der bürgerlichen parlamentarischen Republik erschien,

der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht in die Cauxe

kommen, nachdem die Oktoberrevolution den Sowjets und durch die Sowjets den arbeitenden und ausgebeuteten Massen die Macht gab, rief sie den Widerstand der Ausbeuter hervor und zeigte sich bei der Unterdrückung des Widerstandes als der Anfang der sozialistischen Revolution. Die arbeitenden Klassen nutzten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bürgerliche parlamentarische Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar ist mit der Aufgabe der Bewirkung des Sozialismus, daß nicht die allgemeinen nationalen, sondern nur die Klasseneinstimmungen (wie die Sowjets) fähig sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu besiegen und den Grund zur sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jede Absage

Selbständigkeit der Macht der Sowjets.

vor der durch das Volk eroberten Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus der Verfassunggebenden Versammlung würde jetzt ein Schritt zurück und der Bankrott der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern sein.

Die am 18. Januar eröffnete Verfassunggebende Versammlung ergab, auf Grund der allen bekannten Umstände, die Mehrheit der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei des Kerenski, Awstentow und Tschernow; es ist klar, daß sich diese Partei weigerte, den vollkommen genauen, klaren, keine falsche Auslegung zulassenden Vorschlag des höchsten Organs der Sowjetmacht, des Zentralauschusses der Sowjets zur Besprechung anzunehmen und das Programm der Sowjetmacht, die Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. Dadurch hat die Verfassunggebende Versammlung jede Verbindung zwischen sich und der Sowjetrepublik abgebrochen. Der Beggang der Reaktionen der Bolschewiki und linken Sozialrevolutionäre, welche zugleich die größte Reiztheit im Sowjet darstellen und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, von der Verfassunggebenden Versammlung war unausweichlich.

Die Partei der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Minimalisten, führen einen offenen Kampf gegen die Sowjetmacht,

indem sie in ihren Organen zu deren Stürzung aufrufen und, obwohl beträchtlich, hierdurch den Widerstand der Ausbeuter gegen den Uebergang des Landes und der Fabriken in die Hände der Arbeiter unterstützen. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Bedeckens des Kampfes der bürgerlichen Gegenrevolution zur Stürzung der Macht der Sowjets spielen kann. Deshalb verfaßt das Zentralauschusskomitee, die Verfassunggebende Versammlung aufzulösen.

Straßenkämpfe in Petersburg.

Von der Petersburger Telegraphenagentur wird folgender Aufruf verbreitet:

Aufruf an die Bevölkerung Petersburgs.

Die Feinde des Volkes verbreiten das Gerücht, daß revolutionäre Arbeiter und Soldaten am 18. Januar auf die Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung der Arbeiter Schüsse abgegeben hätten. Dies geschieht, um Unruhe und Unordnung in den Reihen der arbeitenden Massen zu tragen und um die revolutionären Führer anzugreifen. Es ist schon festgestellt worden, daß Spikeln auf die Matrosen, Soldaten und Arbeiter geschossen haben, die die Ordnung in der Stadt sichern. Der Hauptvolksausschuß hat eine energische Untersuchung eingeleitet. Die Schuldigen werden von den revolutionären Gerichten abgeurteilt werden. Genaue Feststellungen werden sobald als möglich veröffentlicht werden. Der Hauptvolksausschuß fordert die Bevölkerung auf, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken und ruhig zu bleiben. Die revolutionäre Ordnung wird von Matrosen, Arbeitern und Soldaten gesichert.

Der Hauptvolksausschuß.

Der Petersburger Berichterstatter des „Corriere della Sera“ drückt, daß Hunderte von Verhaftungen vorgenommen wurden. In verschiedenen Stadtteilen haben Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer begonnen. An mehreren Stellen wurden bereits Barrikaden errichtet. Ein von Kronstadt eingetroffene Kriegsschiffe griffen in den Kampf ein.

Reuter meldet aus Petersburg vom 18. Januar:

Auf dem Uleinh-Prospekt kam es am Nachmittage, als ein Zug von Mitgliedern der Verfassunggebenden Versammlung von der Menge, hauptsächlich von Matrosen, angegriffen wurde, zu einer Schießerei. Mehrere Personen wurden getötet und verwundet. Banner der Zugteilnehmer wurden von Roten Garbisten heruntergerissen und verbrannt. Ein Soldat, der eine Fahne trug, blieb mitten auf der Straße stehen und rief aus: „Ich bin drei Jahre an der Front gewesen. Nun tötet mich, wenn ihr wollt! Ein roter Garbist hob ihn nieder. Unter den Zugteilnehmern befanden sich viele Frauen, Mädchen, dienstverpflichtete Soldaten und gegenwärtig im Zustand bedenklicher Angestellte der Regierung, der Stadverwaltung und der Postgeschäfte.

Die Hauptrolle bei der Auflösung der Konstituante und der Niederwerfung der Bewegung zugunsten der Konstituante ist allen den Matrosen zugefallen. Die Petersburger Agentur meldet in Uebereinstimmung damit, daß sich in der Stadt ein Marinerevolutionsausschuß gebildet hat. Es sei daran erinnert, daß zur Durchführung des November (nach russischem Kalender: Oktober) Umsturzes ein „Soldatenrevolutionärer Ausschuß“ ins Leben gerufen wurde, der sich dann nach sechs Wochen auflöste. Schließlich die Vorgänge die Behauptung der antibolschewistischen Presse, daß die Soldaten der Petersburger Garnison in ihrer Haltung gegenüber den Bolschewiki immer unsicherer werden?

Zwei Kadettenminister ermordet.

New York, 21. Januar. Die „Associated Press“ meldet aus Petersburg vom 20. Januar: Die früheren Mitglieder des Kabinetts Kerenski, Schingarew und Kokoßkin, wurden letzte Nacht im Marinehospital, wohin sie aus der Peter-Paul-Festung krankheitshalber verbracht worden waren, in ihren Betten ermordet. Ein Duzend bewaffneter Männer drangen in das Hospital ein, fragten wo die Minister lagen und feuerten sechs Schüsse auf Schingarew und zwei auf Kokoßkin ab. Beide wurden getötet. Die Mörder verließen dann das Hospital. Weiter wurde gestern ein Mordversuch gegen den bolschewistischen Wahlkommissar Urizki unternommen, die Kugel streifte ihm das Ohr.

Schingarew, im Jahre 1867 geboren, war Arzt von Petrus und typischer Vertreter der aus dem Semitsow hervorgegangenen liberalen Bewegung. Er war Abgeordneter der 2., 3. und 4. Reichsduma als Vertreter des Gouvernements Woroneß, wo er an der Spitze der Sanitätsabteilung des Gouvernements-Semitsow sich sehr bemerkbar gemacht hatte. In der Duma spielte er bei den Kadetten eine führende Rolle als Sprecher in Finanz- und volkswirtschaftlichen Fragen. Schingarew war einer der ausgesprochensten Befürworter des Krieges bis ans Ende an der Seite der Militären. Nach der Märzrevolution wurde er Landwirtschafts- und später Finanzminister. Die Bolschewiki haben ihn gleich nach ihrem Sieg verhaftet.

Kokoßkin, geboren im Jahre 1871, war Professor des Rechts in Moskau; er studierte feinerzeit in Heidelberg. Im letzten Koalitionsministerium Kerenski war er Mitglied der Regierung; nach dem Siege der Bolschewiki wurde er verhaftet. Auch er war ausgesprochen Kadett und Anhänger des Krieges an der Seite der Entente.

Die Anklage gegen Malby.

Paris, 21. Januar. (Davas.) Die Anklage, gegen die sich der frühere Minister des Innern Malby vor dem Senat als Untersuchungsrichter zu verantworten hat, geht dahin, Malby habe auf dem Gebiet der französischen Republik bei der Ausübung seines Amtes als Minister des Innern 1. dem Feinde über militärische und diplomatische Pläne Frankreichs, besonders über die Operationen am Chemin des Dames, Auskunft gegeben, 2. den Feind durch Verursachung von Militärverletzungen begünstigt.

Reichstagswahl für Bayern. Aus Keutlingen wird unter dem 21. Januar gemeldet: Bei der heutigen Reichstagswahl für den bisherigen Abgeordneten von Bayern haben von 16 878 Wahlberechtigten 4408 Wähler ihre Stimmen für den Volksparteikandidaten Landtagsabgeordneten Schoof abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Versplittert und ungültig waren 142 Stimmen.

Julius Bachem gestorben. Nach einer Drahtmeldung der „Kriegszeitung“ ist der bekannte Zentrumspolitiker, Justizrat Bachem, am Dienstag im Alter von 72 Jahren gestorben. Bachem war seit 45 Jahren in der Redaktion der „Kön. Post.“ als Mitarbeiter tätig, innerhalb der Zentrumspartei war er Vorkämpfer der sogenannten linken Richtung. Lange Zeit hat er dem preussischen Abgeordnetenhaus als Abgeordneter für Keutlingen angehört. Als Publizist war Bachem überaus fruchtbar, seine Schriften bewegten sich z. T. auf dem Gebiet der Zentrumspolitik, z. T. waren sie juristischen Inhalts.

Das „Vorwärts“-Verbot vor dem Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß sollte nach einer getroffenen Vereinbarung am Dienstag seine Sitzung ausfallen lassen, damit der Unter- auschuß Zeit hat, den Antrag Heine zu beraten. Abg. Ebert be- merkte aber, daß die Sozialdemokraten Wert darauf legen müßten,

sofort das Verbot des „Vorwärts“ zur Sprache zu bringen.

Das Verbot sei in der rigorosesten Weise erfolgt. Man verbietet der Presse, die Öffentlichkeit über die hochwichtigen Vorkommnisse in Oesterreich zu informieren. — Der Ausschuß erkannte die Dringlichkeit dieser Erörterungen an.

Abg. Ebert: Das Verbot des „Vorwärts“ steht den Befürwortern, die hier über die Zensur vorgebracht worden sind, die Krone auf. Während wir hier beraten, spielen sich in Oesterreich und in Ungarn Dinge von tief einschneidender Bedeutung ab. Wegen Kürzung der Rationierung werden in Wien zu Differenzen mit der Arbeiterschaft. Diese Bewegung dehnte sich aus über ganz Oesterreich und über Ungarn. Am Freitag hand in diesen Ländern das Wirtschaftsleben still. Die Bewegung hatte einen politischen Charakter angenommen, sie spitzte sich zu zu einem

Protest gegen das Verhalten unserer Unterhändler in Brest-Litowsk, besonders gegen die Rede des Generals Hoffmann. Diese Vorgänge wurden in der ganzen Welt bekannt, in Deutschland erfährt man nichts davon. Wir waren von Oesterreich-Ungarn völlig abgeschnitten. Dennoch waren die dortigen Vorgänge bereits am Sonnabend in Berlin Stadtgespräch. Angeblich sollte es in Prag und Budapest zu Straßenkämpfen gekommen und in Prag die Republik ausgerufen worden sein. Im Berliner Auswärtigen Amt wußte man am Sonnabend — nichts! Eine Bitte der Vertreter der Parteien um Informationen konnte nicht erfüllt werden. Der Presse wurde am Sonntag

ernst verboten, über diese Vorgänge etwas zu bringen.

Über die Erklärung des Grafen Czernin dürfte veröffentlicht werden und daraus konnte man auf die Vorgänge schließen. Der „Vorwärts“, das einzige Arbeiterblatt Berlins, war in einer schlimmen Lage. Von allen Seiten wurde er bedrängt, Aufklärung zu geben. Er brachte dann am Montag einen Bericht über die Verhandlungen des Budget- ausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses, insbesondere die Rede Adlers und einiger bürgerlichen Abgeordneten. Das haben andere Blätter, auch in der Provinz, ebenfalls getan. Die „Deutsche Zeitung“ hat am Montagmorgen den Streik sofort im Sinne der Alldeutschen unter heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie ausgegliedert. Am Montagmittag brachte die „V. Z.“ Nachrichten über den Streik, die die Zensur passiert hatten. Der „Vorwärts“ aber ist verboten worden. Dieses Verbot ist unter diesen Umständen ein einseitig parteiliches Vorgehen,

eine Herausforderung der Sozialdemokratischen Partei und der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Diese Reaktion ist um so unerhörter, als alle Welt von den Vor- gängen wußte, nur in Deutschland durfte man nichts erfahren. Wie soll unter diesen Umständen das Ausland Vertrauen haben zu der deutschen Presse? Die Militärbehörde zwingt die Presse, alle diese Nachrichten zu unterdrücken. Und das in einer Zeit, in der die Alldeutschen ungehindert gegen Oesterreich gehen. Zur selben Zeit, in der wir hier um über die Handhabung des Be- lagerungsgesetzes beschweren, soll die Zensur aus zu einem Schlag gegen den Reichstag. Der Reichstag ist es seiner Würde schuldig, dagegen den schärfsten Protest zu erheben; der Reichstag muß die Presse in Schutz nehmen. Es ist charakteristisch, daß das Verhalten unserer Unterhändler in Brest- Litowsk diese ungeheure Aufregung in Oesterreich hervorrief. Ich habe

gegen das Auftreten des Generals Hoffmann hier bereits am Mittwoch Protest erhoben und keinen Zweifel daran gelassen, daß die Methode des Generals Hoffmann den Frieden ge- fährden müsse. Die Rede Adlers mußte veröffentlicht werden, nachdem die politische Aussprache hier im Ausschuß als vertrau- lich erklärt und verzögert wurde.

Wir begrüßen dies Vorgehen des Proletariats in Oesterreich und Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus. Sie dürfen versichert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daraufsetzen, um zu verhindern, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts durchkreuzt werden.

Major Grau: Aus Oesterreich sind die wider- sprechenden Nachrichten gekommen, deren Veröffentlichung eine Trübung unserer Verhältnisse zu unserem Be- hörden befürchten ließ. Deshalb das Verbot der Veröffentlichung der dortigen Vorgänge. Dieses Verbot ist Montag mittag auf- gehoben worden. Der „Vorwärts“ ist verboten worden, weil er, entgegen seinem Versprechen, ein Zensurverbot durch- brochen hat.

Vom Zentrum wird beantragt, die Beratungen bis 1/2 Uhr zu unterbrechen.

Abg. Scheidemann stellt fest, daß der „Vorwärts“ kein Zensurverbot durchbrochen hat. Er hat lediglich die Rede Adlers gebracht, für diese aber bestand kein Verbot. Die Rede enthält nicht viel über den Ausstand, sondern behandelte die Vorgänge in Brest-Litowsk. Damit hat der „Vorwärts“ dem deutschen Volke einen Dienst erwiesen.

Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen.

Spielen Sie nicht mit dem Feuer. Der Redaktion ist zwei Stunden vor dem Verbot durch einen Offizier telefonisch die Frage vorgelegt worden, ob sie wisse, daß sie ein Zensurverbot verletzt habe; sie antwortete: „Nein, wir haben die Vor- sichten der Zensur stets beachtet.“ Dann erfolgte das Verbot. Die Veröffentlichung der österreichischen Vorgänge steht für die ganze Berliner Presse noch immer unter Zensur.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte auf eine Anfrage, daß man in kurzer Zeit kein Referat über die Vorgänge in Oesterreich erhalten könne.

Abg. Haase (L. S.) weist auf den Fehler hin, den man mit der Hinanschiebung der politischen Debatte gemacht habe. Man müsse auch feststellen, ob die Zensur das Recht hatte, diese Nach- richten zu unterdrücken.

Daran war die Haase ein. Unterstaatssekretär v. d. Busche teilt vertrauliche Depeschen mit, die über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn beim Auswärtigen Amt eingegangen sind.

Major Grau teilt noch mit, daß der Chef des Kriegs- präsidenten die Vertreter der Presse eingehend über das Ver- bot der Erörterung der Vorgänge in Oesterreich informiert habe.

Die Entente habe diese Vorgänge mit Jubel begrüßt. Der Zensurstelle war am Sonntagabend bekannt, daß zwei Blätter, darunter der „Vor- wärts“, Artikel vorbereitet hatten. Die Redaktionen wurden gebeten, die Artikel zurückzuziehen. Der „Vorwärts“ hat das nicht getan, sondern auch noch einen anderen Artikel gebracht, der die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat betonte. Diese Andeutungen des „Vorwärts“ sind auch von den Berliner Pressevertretern nicht gebilligt worden. Gegen weitere Blätter soll nicht mehr ein- geschritten werden.

Abg. Haase: Die Gründe, auf die sich die Zensur stützt, seien geradezu ungeheuerlich. In dem der Zensurstelle gar nicht bekannt, daß die österreichische Presse eingehend über die dortigen Vorkommnisse berichtet hat. England konnte sich aus diesen Blättern informieren. Deshalb hatten die Verbote in Deutschland gar keinen Zweck. Das deutsche Volk sollte nicht objektiv informiert werden, weil die Militärpartei das nicht will. Das Verbot des „Vorwärts“ fällt ausgerechnet in die Zeit, in der hier eine Wilderung der Zensur versprochen wurde. Das Verbot des „Vorwärts“ ist unnützlich und schändlich; in dem Artikel ist vermeldet worden, vom Streik zu sprechen, aber man hat einfach den „Vorwärts“ bergewaltigen wollen. Das muß unter der Arbeiterschaft ungeheure Empörung auslösen.

Abg. Gothein: In diesem Falle ist die Zensur wieder einmal mit traditioneller Angefälligkeit

vorgegangen. Was in Berlin verboten wurde, war in Mün- chen erlaubt. Das treibt die Sinnlosigkeit auf die Spitze. Die Wolff-Telegramme hat man zurückgehalten, so daß nicht einmal der Hauptauschuß sich informieren konnte. Das Herausgreifen eines einzelnen Organs einer besonderen Richtung war tigo- rös und kann nur bedauert werden.

Abg. v. Gräfe findet das Verbot der Veröffentlichung der Vorgänge in Oesterreich als peinlich. Man muß verlangen, daß das deutsche Volk objektiv unterrichtet wird. Die Rücksicht auf England war keineswegs angebracht. Das Auswärtige Amt hätte der Presse die Tatsachen mitteilen müssen, aber das Auswärtige Amt ist offenbar selber nicht informiert gewesen. Wenn aber das verhängnisvolle Zensurverbot einmal erlassen war, dann kam man auch um das Verbot des „Vorwärts“ nicht herum, denn Verbote müssen schließlich beachtet werden. Ob andere Blätter auch so deutlich waren wie der „Vorwärts“, sei ihm nicht bekannt. Das Verbot war aber die Konsequenz der Zensur- verhängung. Bedenklich sei es, daß Ebert und Scheidemann sich mit den Oesterreichern solidarisch erklärt haben. Das war eine Drohung in aller Form an den Kanzler, damit er den Wünschen der Sozialdemokraten in seiner Rede Rechnung trage. Hoffentlich lasse sich der Kanzler dadurch nicht beirren.

Abg. Teimborn (Z.): Man könne verstehen, daß ein militä- risches Interesse vorhanden war, ein Liebesreisen der Streikbewe- gung auf Deutschland zu verhindern. Der Abschluß von allen Nach- richten nicht aber nichts, bietet im Gegenteil den tollsten Gerüchten Raum. Man darf in Deutschland bald bemerkt, daß man hermetisch abgeschlossen war, und das hat erst recht Verantwortung geschaffen. Der Artikel des „Vorwärts“ enthielt zwischen den Zeilen unbestreitbar eine Drohung. Als Staatsanwalt würde ich sagen, der „Vorwärts“ hat mit dem Feuer gespielt. Immerhin wäre dringend zu empfehlen, das Verbot sofort aufzuheben.

Abg. Stresemann: Der Aufsatz des „Vorwärts“ hat den Ein- druck gemacht, als ob viel schwerere Dinge in Oesterreich sich ereignet haben. Wenn Zensurverbote vorliegen, dann müssen sie beachtet werden, schon damit nicht eine Zeitung vor der anderen bevorzugt wird. Deshalb hätten alle Zeitungen, die das Verbot übertreten haben, gefahrt werden müssen. Eine scharfe Ver- warnung hätte aber genügt. Wenn man die offenen Skandale verstopft, dann entstehen die wildesten Gerüchte. Die Art, wie das Auswärtige Amt informiert wird, bedeutet geradezu einen politischen Niederbruch.

Abg. v. Gamp sieht auf dem Standpunkt Gräfes. Wenn der Streik in Oesterreich nur ein Hungerstreik war, dann hätte man das ruhig der Öffentlichkeit sagen sollen. Die Informationen des Auswärtigen Amtes beweisen, daß man mit diesem Personal nicht auszukomme. General Hoffmann habe für sein Auftreten in Brest-Litowsk des Meisters volle Zustimmung.

Abg. Scheidemann: Wir haben nicht gedröhrt, sondern nur Fest- stellungen gemacht. Was steht denn in dem Artikel? Die Soli- darität mit dem österreichischen Proletariat ist doch selbstver- ständlich. Der Artikel konnte nur mißverstanden werden, weil man von den Vorgängen in Oesterreich nichts wußte. Abge- ordneter Stresemann scheint nicht zu wissen, daß man der alldeut- schen Presse alles gestattet hat, der anderen Presse aber selbst die Abwehr verbot. Woher hat die Zensur gewußt, daß solche Artikel erscheinen sollten? Von der Redaktion des „Vorwärts“ hat niemand ein Wort davon gesagt, daß ein sol- cher Artikel in Vorbereitung sei. Der Redaktion ist mit keinem Wort gesagt worden, daß das Zensurverbot am Montag aufgehoben werde. Major Grau hat ja auch ganz offen zugegeben, daß man

mit voller Absicht nur den „Vorwärts“ verboten habe. Das kennzeichnende Verbot als eine Schikane. Wo sind in dem Artikel militärische Interessen gefährdet? Man läßt auch jetzt noch keine Nachrichten durch, stellt sie vielmehr erneut unter Zensur. Unter diesen Umständen hat die Aufhebung des Zensurverbotes gar keinen Sinn. Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht auf den Gedanken kommt, daß erst andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann.

Unterstaatssekretär v. Busche nimmt das Auswärtige Amt gegen die erhobenen Angriffe in Schutz. Es sei nichts ver- räunt worden, um Informationen zu erhalten.

Abg. Dr. Gohr: Das Verbot des „Vorwärts“ ist nicht haltbar, ganz abgesehen davon, daß eine handgreifliche Ungerech- tigkeit vorliegt. Bis jetzt hat man noch immer nicht gesagt, welche Motive eigentlich für das Verbot des „Vorwärts“ maßgebend gewesen sind. Daß das Auswärtige Amt nicht genügend Material erhalten habe, sei ungläublich. Soeben habe die Zensur auch den Zeitartikeln des „Berl. Tageblattes“ vom Dienstagvormittag verboten. Der Ausschuß müsse Stellung nehmen gegen das Oberkommando in den Marken.

Abg. Geine: Das Auswärtige Amt hat hier völlig ver- sagt; was hier mitgeteilt wurde, ist offenbar nicht die Wahr- heit. Wir müßten Aufschluß bekommen über Entwicklung und Verlauf der Bewegung in Oesterreich. Geht denn nicht jeden Tag ein Kurier nach Wien und umgekehrt nach Berlin? Man darf den Redaktions nicht mit ein paar nichtssagenden Telegrammen abspeisen. Die Zensur legt es darauf an, das deutsche Volk zu betrogen und das ist ein Mißbrauch der Zensur. Was hat der Streik in Oesterreich mit den Interessen der Kriegführung zu tun? Abg. Teimborn hätte seine Aus- sührungen nicht machen können, wenn er das Zensurverbot gelesen hätte. In dem ganzen Artikel des „Vorwärts“ ist auch keine einzige Nachricht über den Streik enthalten. Der Artikel hätte bei der Zensur keinen Anstoß erregt, wenn sie nicht auf irgendeine Weise auf ihn aufmerksam gemacht worden wäre. Der innere Grund zu dem Verbot ist, den Willen der Mehrheit des Reichstags zu durchkreuzen.

Major Grau wendet sich gegen Scheidemann. Schwerwiegende Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur ihre Schuldigkeit nicht tut. Die Zensur muß die Artikel haben, ihren Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Die Zensur treibe keine Schamspiele, man habe von der Absicht des „Vorwärts“, den Artikel zu bringen, a u f g a n z lokale Weise Kenntnis erlangt. Der „Vorwärts“ werde ver- muthlich Mittwoch früh wieder erscheinen.

Abg. Dove beklagt ebenfalls den Mangel an Nachrichten über die Vorgänge in Oesterreich. Man muß verlangen, daß jeden Tag genaue Berichte veröffentlicht werden, aber nicht etwa noch dem Grundsatz: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“

Abg. Dr. David: Die Ankündigung der Aufhebung des Ver- botes der „Vorwärts“ bietet einen gewissen Erfolg der De- batte. In der Türkei ist jetzt der Belagerungszustand aufgehoben worden. Diesem Beispiele sollte endlich auch Deutschland folgen.

Die Beratungen gehen am Mittwoch, vermittags 11 Uhr, weiter und sollen am gleichen Tage zu Ende geführt werden. Am Donnerstag beginnt dann die Weiterführung der politischen De- batte.

Ein Zensurantrag.

Der Unterhaus des Haushaltsausschusses hat zur Zensur- debatte folgenden Antrag auf Abänderung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 eingebracht:

Artikel 1. Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfas- sung angefügten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegen- über den Anordnungen der Militärbehörden eine militärische Zensurbehörde als Aufsichtsbehörde und eine besondere Be- schwerdestelle errichtet.

Artikel 2. Beschwerdestelle ist ein Senat des Reichs- militärgerichts, bestehend aus 4 richterlichen und 3 mili- tärischen Mitgliedern.

Die Beschwerdestelle kann eine mündliche Verhandlung anord- nen und muß dies tun, wenn es vom Beschwerdeführer beantragt wird. Sie kann den Beschwerdeführer durch einen beauftragten oder ermittelten Richter vertreten lassen.

Vor der Entscheidung muß einem Vertreter des Obermilitär- befehlshabers Gelegenheit zur Wahrung der militärischen Interessen gegeben werden.

Artikel 3. Die näheren Anordnungen ergeben durch Kaiser- liche Verordnung.

Artikel 4. Vorstehende Bestimmungen finden auf das König- reich Bayern keine Anwendung.

Außerdem wurde folgender Antrag vorgelegt: den Herrn Reichs- kanzler zu ersuchen, dahin zu wirken,

1. daß die Kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1333) in Gemäßheit des vorstehenden Geset-zentwurfs einer entsprechenden Änderung unterzogen wird;

2. daß in derselben Kaiserlichen Verordnung für die Entschel- dungen der Militärbehörden folgende Richtlinien aufgestellt werden:

a) Die Anordnungen der Militärbehörden haben ohne Verzug zu erfolgen.

b) Verbotende oder ablehnende Bescheide der Militärbehel- haber sind mit Gründen zu versehen; bei Zensurmaß- regeln sind die beanstandeten Stellen der Druckschrift genau zu bezeichnen.

c) Die von Militärbehörden auf Grund des Belagerungs- standgesetzes zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Quasiverbots gegenüber auf die Inter- essen der Kriegführung.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfas- sungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

d) Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung der Kriegführung, nur durch die mit der vollziehenden Gewalt ausgestatteten Militärbehörden und in der Regel nur nach Anhörung des Heraus- gebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.

e) Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zei- tung nicht auf mehr als drei Erscheinungstage, bei einer in län- geren Zeiträumen erscheinenden Druckschrift nicht auf mehr als drei Ausgaben erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

f) Versammlungen, und zwar auch solche, die sich mit der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten befassen sollen, dürfen nur verboten oder aufgelöst werden, wenn Tatsachen vorliegen, die befürchten lassen, daß die Abhaltung der betreffenden Ver- sammlung unmittelbar zu einer Störung der öf- fentlichen Ordnung führen oder die Sicherheit des Reiches gefährden würde.

Zeitungsverbot.

Das Oberkommando in den Marken hat das Erscheinen des „Berliner Tageblatt“ verboten.

Letzte Nachrichten.

Seidler gegen die Tschechen.

Wien, 22. Januar. Im Abgeordnetenhause beant- wortete Ministerpräsident Seidler zunächst die Interpellation der deutschen und tschechischen Abgeordneten betreffend die Prager Entschärfung. Er führte aus, daß sie mit den dynastischen und patriotischen Grundbegriffen der Oesterreicher nicht im Einklang zu bringen sei, und das Selbstbestimmungsrecht unter Aufsichtung des bisherigen Staatsverbandes anstrebe. Eine solche Auffassung werde von jedem Oesterreicher mit Entschiedenheit zurückgewiesen und von jeder österreichischen Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. (Plauscher Beifall und Handklatschen.) Wir er- freuen, fuhr der Ministerpräsident fort, einen eifrigen und friedlichen, der uns und unseren Verbündeten für alle Zeit den höchsten Bestand verleiht, wir erziehen ihn, im Geiste der Ge- rechtigkeit und Verhältnismäßigkeit, aber auch mit fester Einigkeit und Festigkeit, die den Gegnern die Ausschließlichkeit ihrer Vergewaltigungsabsichten vor Augen führen wird. Die Ausstandsbewegung habe zwar keinen ausbreitenden Charakter an sich gehabt, aber doch bedenkliche Formen annehmen können. Die Regierung habe kein Bedenken getragen, besonders auf dem Gebiete des Gemein- derechtlich, die seit langem erwogenen Reformen zuzufügen. Die Durchführung werde so gefast, daß der nationale Bestehend ge- wahrt werde. (Lärm und Zwischenrufe bei den Tschechen.) Das Vaterland sei in Gefahr. Die Regierung vermöge ihrer schwierigen Aufgaben nur zu erfüllen, wenn sie in einer starken Volkser- treuung starken Rückhalt finde. (Beifälliger Beifall und Hände- klatschen.)

Gewerkschaftsbewegung

Die Dresdener Gewerkschaften für die Haltung der Generalkommission und gegen jede Zersplitterung.

Zu einer entschiedenen Stellungnahme für die Haltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung während des Krieges und gegen die Einheits der Gewerkschaften Deutschlands geführte Wählerarbeit gewisser Kreise gestaltete sich eine Konferenz der Dresdener Gewerkschaftsfunktionäre, die am Freitag im vollbesetzten Volkshaus abgehalten wurde. Reichstagsabgeordneter Genosse Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, legte in einem anderthalbstündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage das Wirken und die durch die Verhältnisse bedingte Taktik der Gewerkschaften während des Krieges dar. In der regen Diskussion kamen auch die Kritiker an der Haltung der Generalkommission ausgiebig zum Wort. Nach einem alle Einwände sachlich widerlegenden Schlusswort des Vortragenden wurde folgende Entschließung fast einstimmig (gegen nur zwei Stimmen!) angenommen:

„Die am 18. Januar 1918 im Volkshaus versammelten Funktionäre der Dresdener Gewerkschaften betonen nachdrücklich, daß die freien Gewerkschaften auch während des Krieges ihre im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt erprobten Grundsätze hochgehalten haben und weiterhin vertreten werden. — Dagegen muß anerkannt werden, daß die durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes Änderung der gewerkschaftlichen Taktik bedingt haben. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände und ihre Spitze, die Generalkommission, haben in anerkannter Weise durch diese Anpassungen die Aufgaben alles zu erreichen versucht und erreicht, was nach der Machtentwicklung der organisierten Arbeiterschaft möglich war, insbesondere bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeiterschutzes, der Lebensmittelversorgung und der Lage der Opfer des Krieges. — Bei Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Leitungen kann allein ihre Haltung im wirtschaftlichen Kampfe maßgebend sein. Das Hineintragen parteipolitischer Streitigkeiten in die einheitliche Gewerkschaftsbewegung muß entschieden abgelehnt werden. Dieser Streit kann und will nur dazu dienen, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zersplittern, sie damit zur Ohnmacht zu verdammen und damit die gesamte Arbeiterbewegung in unzerleglicher Weise zu schädigen. — Pflicht aller Gewerkschaftsgenossen ist es, das kostbare Gut ihrer Organisation, die Einigkeit, aus dem Weltbrande unberührt in die Friedenszeit hinüberzutragen. Nur dann besteht die Gewähr, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird.“

Kein Abbau der Löhne!

Die Prekorgane der Vörsenjobber, die Arbeitgeberzeitungen und sonstige zum Schutze des Profits herausgegebenen Schriften wiesen während der Kriegszeit fortwährend darauf hin, daß die hohen Löhne der Vergorbeiter an den Kohlenpreiserhöhungen schuld seien. Den Vergorbeitern wurde immer wieder Abbau der Löhne nach Friedensschluß angedroht.

Ein katholischer Geistlicher, Prälat und Professor Schay, gab sogar eine Broschüre heraus, die folgenden „arbeitsfreundlichen“ Titel trägt: „Das fortgesetzte Hinaufschrauben der Löhne, die Höchstlöhne und Höchstpreise sind ein gemeingefährlicher Wucher.“ Noch am 5. August 1917 brachte die „Berliner Vörsenzeitung“ in ihrer Morgenausgabe einen Artikel „Preisbildung und Kriegskosten“, worin folgende Behauptungen aufgestellt wurden:

„Niemand kann bestreiten, daß die Selbstkosten der Kohlen- und Eisenindustrie im Verlaufe des Krieges enorm gestiegen sind. An der Hauptsache ist dies eine Folge der um mehrere hundert Prozent erhöhten Arbeiterlöhne und der unwirtschaftlichen Bewirtschaftung infolge mangelhafter Arbeitskräfte gewesen. . . . Man sollte deshalb zu allererst allen nicht unbedingt gerechtfertigt erscheinenden Forderungen auf weitere Lohnerhöhungen seitens der Arbeiter mit Nachdruck und eventuell unter Anwendung staatlicher Zwangsmassnahmen entgegenzutreten. . . . Je näher wir dem Frieden und der Wiederherstellung der Weltmarktbeziehungen für Deutschland kommen, müssen wir doch auch unbedingt auf einen Abbau der jetzigen anormalen Arbeiterlöhne hinarbeiten, wenn wir in bezug auf die Preiswürdigkeit unserer Fabrikate mit dem Ausland konkurrenzfähig sein wollen. Bei der jetzigen Höhe der Arbeiterlöhne und ihrem Anteil an den Gesamtkosten unserer Industrie erscheint es fraglich, ob unsere Produktion so billig wird hergestellt werden können, wie es notwendig ist, um den Weltmarkt wieder zu erobern.“

Nach solchen Ergüssen ist es wirklich erfreulich, daß sich endlich ein Fachmann findet, der als Sachverständiger auf dem Kohlenmarkt erklärt, daß nach Friedensschluß die jetzigen Kohlenpreise nicht weiter bestehen können, daß aber die Arbeitslöhne in der Kohlenindustrie ruhig so hoch bleiben können, wie sie heute sind. Herr Generaldirektor Wolff-Zietelmann erklärte dem Vertreter des Wiener Klosters auf die Frage nach den Aussichten der deutschen Kohlenindustrie laut „Deutsche Bergwerkszeitung“ unter anderem folgendes:

„Ich bin der Ansicht, daß die Preise, wie wir sie jetzt haben und die ja in der Hauptsache zu den sehr großen Gewinnen der Braun- und Steinkohlenindustrie beizutragen, sie überhaupt erst ergeben, ich glaube, daß diese Preise nach dem Kriege nicht weiter bestehen können.“

Die hohen Kriegskohlenpreise würden im Frieden unsere ganze

Industrie lahmlegen. Die deutsche Industrie würde im Frieden bei so hohen Kohlenpreisen nicht exportfähig sein. Unsere Exportfähigkeit vor dem Kriege beruhte doch auf den niedrigen Kohlen- und Eisenpreisen. Wenn aber die Kohle teuer ist, kann natürlich Eisen nicht billig sein.“

Herr Wolff-Zietelmann vertritt die sehr vernünftige Ansicht, daß auch in Friedenszeiten, wenn erst wieder die eingearbeiteten Vergorbeiter auf ihren Posten sind, die Arbeitslöhne ruhig so hoch bleiben können wie heute, also nicht abgebaut zu werden brauchen. Wir teilen auch die Ansicht Wolff-Zietelmanns, daß die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, Frauen und Halbwüchsigen die Leistung in der Kriegszeit herunterbrückt, dabei sind freilich die Gewinne, wie der Herr Generaldirektor klarlegte, sehr groß.

Die Unterredung des Herrn Generaldirektors Wolff-Zietelmann mögen sich die Vergorbeiter gut merken, um sie gegen jene Kapitalistenblätter zu verwenden, die nicht genug gegen hohe Vergorbeiterlöhne zeteren können und immer wieder Lohnabbau verlangen.

Tarifforderungen der Rohrleger.

Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der Rohrleger und Helfer stellte Forderungen für die Abänderung des Tarifs auf, der bis zum 31. März d. J. läuft. Die Vertrauensmänner haben sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und machen der Versammlung folgende Vorschläge: Der gegenwärtige Mindestlohn, der einschließlich der bis jetzt bewilligten Teuerungszulagen für Rohrleger 1,42 M., für Helfer 1,23 M. beträgt, kann nicht mehr als ausreichend gelten. Er soll deshalb um 25 Pf. pro Stunde erhöht werden, mit der Maßgabe, daß jeder diese Zulage erhält, also auch diejenigen, deren Verdienst den Mindestlohn übersteigt. Der Arbeitsnachweis, der jetzt eine Einrichtung des Arbeitgeberverbandes ist und einer gewissen Aufsicht durch die tarifliche Schlichtungskommission untersteht, soll in einen paritätischen Arbeitsnachweis umgewandelt werden, weil sich unter dem gegenwärtigen Verhältnis unheilvolle Zustände betreffs der Vermittlung von Arbeitskräften an tariflose, aber der Arbeitgeberorganisation nicht angehörende Firmen herausgestellt haben. Hinsichtlich des Fahrgeldes, das nach dem Tarif nur bei Arbeiten außerhalb der Poststrecke von 1909 vergütet wird, soll die Zahlung des tatsächlich aufgewandten Fahrgeldes in allen Fällen gefordert werden. Ferner wird die Verlegung der Lohnzahlung auf den Freitag gewünscht.

Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen zu.

Konferenz des Glasarbeiterverbandes.

Am 13. und 14. Januar hielt der Glasarbeiterverband eine Konferenz ab. Der Verbandsvorsitzende Girbig berichtete, daß die Organisation sich während des Krieges gut gehalten habe. Am Schluß des 3. Quartals sei ein Mitgliederbestand von 6878 vorhanden gewesen, der zurzeit auf über 7000 Mitglieder angewachsen sei. Auch der Kassenbestand habe sich trotz der ganz gewaltigen Ausgaben für die Arbeitslöhne und der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer gebeßert und betrage zurzeit 200 000 M. Die Organisation hat auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr gute Fortschritte gemacht, und besonders die Glasindustrie haben entgegenkommen gezeigt. In ständigen Kämpfen habe sich jedoch die Organisation mit dem Schutzbund Deutscher Glasfabriken befunden, und hier mußte jede Verbesserung schriftlich erlärnt werden.

Recht fühlend wirkt der Kohlenmangel auf die Industrie und damit auch auf das Organisationsverhältnis der Arbeiter ein. Die Mitglieder des Schutzbundes weigern sich sehr oft, den durch Kohlenmangel verurteilten Arbeitsausfall zu entschädigen; dagegen müsse die Organisation entschiedene Stellung nehmen. Auch wenn die Arbeiter kündigunglos entlassen werden, soll in jedem Falle die Klage wegen der vierzehntägigen Entschädigung eingereicht werden, denn die Industriellen erhalten vom Reichsoberkommissar rechtzeitig Mitteilung, daß der Betrieb geschlossen werden soll.

Eine große Verunreinigung ist unter den Kriegsteilnehmern in der Wohnungfrage vorhanden. Die Industriellen gewähren den Familien der Kriegsteilnehmer angeblich freie Wohnung, haben jedoch vereinzelt veräußert, nach der Rückkehr aus dem Felde die rückständige Wohnungsmiete zu erhalten. Die Organisation hat in solchen Fällen vermittelnd eingegriffen und durchgesetzt, das Ansuchen auf Zahlung der rückständigen Wohnungsmiete rückgängig zu machen.

Die Berufskleidung der Glasarbeiter bildet einen wunden Punkt im ganzen Arbeitsverhältnis. Wenn auch die Arbeiter sich im Winter noch mit der alten Kleidung behelfen haben, so wird doch das kommende Frühjahr recht traurige Verhältnisse bringen, denn es fehlt an der erforderlichen Berufskleidung und neue wird nur zu unerwünschten Preisen angeboten. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit durch die Vertreter im Parlament zur Sprache zu bringen, damit die Regierung eingreift und die Mittel zur Beschaffung der Berufskleidung bereit stellt.

Am 2. Verbandstages beschäftigte sich die Konferenz mit der Stellung zur Generalkommission. Es wurde die Tätigkeit der Generalkommission in verschiedenen Fragen bemängelt und größere Sparsamkeit empfohlen. Den Beschlüssen der Vorstandskonferenz wegen Gewährung weiterer Extrabeträge könne nicht entsprochen werden, da die Organisationen sich ebenfalls der größten Sparsamkeit befleißigen müssen. Genosse Robert Schmidt von der Generalkommission ludte die Einwendungen zu entkräften und wies dabei auf die ganz umfangreiche Tätigkeit der G. K. auf sozialpolitischem Gebiet hin. Kriegsfragen hätten eigentlich mit den Gewerkschaftsfragen weniger zu tun, aber dennoch sei die G. K. mit den Beschlüssen der Fraktion in der Frage der Landesverteidigung einverstanden. Nach längerer Diskussion fand nachstehende Resolution Annahme:

„Die am 13. und 14. Januar 1918 tagende Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses und der Gauleiter des Glasarbeiterverbandes kann sich mit der Haltung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in den Fragen des Hilfsdienstgesetzes

und im Ernährungsbeirat nicht einverstanden erklären. Dasselbe ist der Fall in bezug auf ihre Stellungnahme zum Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Generalkommission in den genannten Fragen nicht konsequent und energig genug die Rechte und Interessen der organisierten Arbeiterschaft vertreten hat. Die Konferenz erwartet, daß die Generalkommission der Regierung gegenüber ihren ganzen Einfluß zugunsten der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen sucht unter verstärkter Betonung der unbedingbaren Dienste und Opfer, die der Gesellschaft von der ganzen Arbeiterklasse geleistet werden.“

Von einer Beitragserhöhung oder einer Urabstimmung darüber wurde mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Berufsangehörigen abgesehen, doch soll mit allem Nachdruck auf die Mitglieder einzuwirken werden, den Beitrag entsprechend dem Status nach der wirklichen Lohnhöhe zu entrichten. Die Unterabstimmungen sollen vom 1. April 1918 an in voller Höhe gezahlt werden.

Gegen die drohende Gefahr weiterer Betriebs-einstellungen soll die Verhandlung beim Reichswirtschaftsamt und Kohlenkommissar vorstellig werden.“

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Allgemeinen Berliner Omnibus A. G. wurde die Zukunft des Unternehmens recht günstig geschildert. Der Autobusverkehr stelle in Zukunft ein besseres Ergebnis in Aussicht. Die am 1. Januar eingetretene Tarifierhöhung hat sich bewährt und läßt für normale Zeiten erwarten. Diese Wirkung des Tarifs sei für die Gesellschaft eine Lebensfrage. Es sind Maßnahmen getroffen, durch die der Verlust des neuen Geschäftsjahres erheblich geringer als der des Berichtsjahres werden wird, wobei wohl an die Aufnahme des Speditionverkehrs gedacht wird.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Generator Aktiengesellschaft in Berlin beschäftigte sich mit der Beschaffung von Betriebsmitteln. In der Versammlung waren nur 3 Aktionäre anwesend, die das gesamte Kapital von 1 Mill. M. vertraten, und zwar für die Deutsche Erdöl-A. G. und die Rütigerwerke A. G. je 400 000 M. und die Montania G. m. b. H. 200 000 M. Das gesamte Aktienkapital ist je zur Hälfte in den Besitz der Deutschen Erdöl-A. G. und der Rütigerwerke A. G. übergegangen, die die zur Fortführung des Betriebes notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Konrad S. Segall, Generaldirektor der Rütigerwerke, Robert Friedländer, Dr. von Koch und Dr. jur. Richard Blum haben ihre Mandate niedergelegt. Es wurden neu gewählt die Herren Direktor Nathanael Zwingauer und Leopold Kahl von den Rütigerwerken sowie Direktor Wilhelm Dirsch und Oberingenieur Fritz Seiden-schmür von der Deutschen Erdöl-A. G.

Die Deutsche Erdölgesellschaft hat bekanntlich auch im Braunkohlenbergbau festen Fuß gefaßt und sich besonders auf die Braunkohlendestillation geworfen. Eine Tochtergesellschaft, die Rössiger Delwerke, planen zur besseren Ausbeutung der in Rössig verarbeiteten Kohle, die dabei entfallenden großen Mengen Gas zur Gasfernung für die Rössiger Zuckerraffinerie und die Gormaer Weiteilfabrik zu verwenden. Ferner ist beabsichtigt, eine Reihe von Driftkisten, u. a. Rössig, Gorma, Fichtenhäutchen, Scheidig usw. unterirdisch mit dem Delwerk zu verbinden, um in den Häusern die Gasfernung einzuführen. In den genannten Driftkisten verpflanzt man sich davon eine wesentliche Verbilligung gegenüber den bisherigen Feuerungskosten, ganz abgesehen von der Tatsache, daß durch das Gasfernungunternehmen beträchtliche Mengen an Kohle erspart werden. In der Ausführung des Projektes wird bereits gearbeitet.

Die E. A. Schwerdtfeger u. Co. A. G. (Lugnapapierfabrik und Kanstanstalt) in Berlin kann ihre Unterbilanz um 53 837 M. auf 107 743 M. vermindern. Der Geschäftsbericht beklagt es, daß im gewöhnlichen Umfang eine Erhöhung der Verkaufspreise nicht durchgeführt wurde. Im neuen Jahre ist die Beschäftigung flott, die Besserung der Verkaufspreise kommt mit ihrer vollen Wirkung aber nur den allerletzten Monaten zugute.

Die Norddeutschen Eiswerke AG. in Berlin verzeichnen nach 222 296 M. Abschreibungen (i. B. 210 043 M.) einen Reingewinn von 275 021 (140 824) M. Der Aufsichtsrat beschloß, 6 Proz. Dividende (i. B. 4 Proz.) vorzuschlagen und 76 729 (34 977) Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Die Wiedereinführung der Aktien an der Berliner Börse soll demnächst beantragt werden.

Leidliches Auslangen der Zelluloseversorgung. Die angekündigte Kontingentierung in der Zelluloseindustrie ist bereits in der Durchführung begriffen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß für den deutschen Zellulosebedarf zur Genüge gesorgt ist, wenn nicht besondere Schwierigkeiten auftauchen. Die erfolgte Beschlagsnahme hat danach zunächst keine einschneidende Bedeutung. Die Notwendigkeit der Bevorratung des Heeresbedarfs liegt natürlich vor. Sollten sich mit Rücksicht auf die gewisse Einschränkungen der Zelluloseabgabe für Privatverwe aufheben, so ist jetzt der Schluß gefaßt. Man hat, wie erwähnt, die Erzeugung der Monate Juli und August 1917 für die einzelnen Fabriken zugrunde gelegt.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reichsleiter für Interzelle; Dr. Wacker, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei v. Berlin-Verlag Paul Singer & Co., Berlin SW. Streze 1, Verlag und Unterdruckvertrieb.

Im Zeichen von
Schneegeschaukel

Unter unseren außerordentlich reichen Vorräten an
Damenkleidung
werden Sie sicherlich etwas finden, was Ihrem Geschmack
zusagt und auch allen praktischen Forderungen Genüge tut.

Königstr. 33 **Chausseest. 113**
Im Hofhof Magdeburger Beim Ostkirch Dönhof

Sonnentags geschlossen!

Brest-Litowsk.

Wirtschaftliche Ausschussberatungen — Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Ukraine — Eine zweite ukrainische Delegation.

Brest-Litowsk, 21. Januar. Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre gestern begonnenen Besprechungen mit den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits heute nachmittag ihre Arbeiten aufgenommen hat. Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und formuliert: Die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Wien, 21. Januar. Das R. und K. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet unterm 20. Januar aus Brest-Litowsk. Die Delegationen Österreich-Ungarns, Deutschlands und der Ukraine haben heute beschlossen, mit Abschluß der geführten Verhandlungen folgende Verlautbarung auszugeben: Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis erzielt, daß

begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen.

Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Teil persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Ausdehnung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Abschluß ihrer Besprechung in der Heimat, wieder in Brest-Litowsk zusammen zu treten. Die Vertreter der Ukraine begeben sich heute Nacht nach Kiew, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Der deutsche Staatssekretär v. Kühlmann reist aus demselben Grunde heute nach Berlin. Ob der Minister des Äußern Graf Czernin in Anbetracht seines leidenden Zustandes in der Lage sein wird, nach Wien zu reisen, ist noch unbestimmt.

Inzwischen ist bereits die Meldung eingetroffen, daß Graf Czernin in Wien eingetroffen ist.

Daß der endgültige Abschluß der Verhandlungen mit den Ukrainern noch nicht über alle Schwierigkeiten hinaus ist, ergibt sich aus der Meldung, daß neben der jetzigen ukrainischen Delegation noch eine zweite Anspruch auf Mitberatung und Mitentscheidung in Brest-Litowsk geltend macht. Die Kada in Charkow, die auf bolschewistischem Standpunkt steht, bestreitet nämlich, wie der „Voss. Zig.“ gemeldet wird, der Kiewer Zentralrada das Recht, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen und Friedensverhandlungen zu führen, da sie nur die bourgeoisien Elemente der Ukraine repräsentiere. In Verfolg dieser Haltung hat die Charkower Kada beschlossen, zwei Delegierte zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu entsenden, und zwar ist diese Aktion in Uebereinstimmung mit der Petersburger Regierung erfolgt. Von der russischen Delegation in Brest-Litowsk ist die Ankunft der ukrainischen Delegierten, die sich der russischen Vertretung anschließen, den Vertretern der Verbundmächte angezeigt worden.

Die Informationsreise der jetzigen ukrainischen Delegation aus Brest-Litowsk nach Kiew hat also unter diesen Umständen ihre besonders große Bedeutung. Außerdem aber geraten die Verbundmächte nunmehr vor die wichtige Frage, ob sie auch diese zweite ukrainische Delegation, die von der Petersburger Regierung gebilligt ist, anerkennen sollen.

Parteinachrichten.

Unabhängige Käpplhelden.

In einer von den Unabhängigen veranstalteten Versammlung in Nürnberg sprach dieser Tage Abg. Ledebour über den Weltkrieg. Seine Rede war in der Hauptsache eine Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei. Ueber die Wirkung berichtet die „Frankfurter Tagespost“:

„Einigen Erfolg hatte Ledebour! Einer seiner tapfersten Anhänger ging gegen den Genossen Treu vor, nicht mehr mit dem Wort, sondern mit der Tat, nachdem der Versuch der tapferen Unabhängigen, die Meinungsfreiheit in der Volksversammlung zu meucheln, indem sie Treu niederzubrüllen suchten, mißlungen war. Wenn die Unabhängigen einen Redner nicht niederschreien können, scheint es wohl die beste Methode zu sein, ihn hinterücks am Kragen zu packen und so niederzuziehen, daß sein blutiger Hals eine Erinnerung an die von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei exemplifizierten Redefreiheit bleibt.“

Ledebour sprach nach berühmtem Dittmannschen Muster bis kurz vor Beginn der Volkszeitung. Er hatte seine Zeit vor allem ausgenutzt, um der Partei, der er selbst seit seinem Austritt aus den bürgerlichen Parteien durch 25 Jahre angehört, zu beschimpfen und zu belächeln. Als diese Partei aber verteidigt wurde, ließen Ledebours Anhänger die Kraft ihrer Reden und Häufte wüsten.“

Zu diesem Bericht der „Frankl. Tagespost“ glaubt der „unabhängige“ Abgeordnete J. Simon feststellen zu sollen, daß der Redner, der sich an dem Genossen Treu läßtlich vergreifen hat, kein Mitglied der „Unabhängigen“ ist. Mit Recht bemerkt dazu das Nürnberger Parteiblatt, daß dies gar nicht debattiert, sondern lediglich von einem der tapfersten Anhänger Ledebours gesprochen worden sei. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Nürnbergs stehe vor der Wahl, die Verantwortung für die Angehörigen in ihren Versammlungen entweder zu übernehmen oder abzulehnen. Tut sie das letztere, so stellt sie damit die eigene Schwäche selbst fest.

Für Frieden und Freiheit.

Zu eindrucksvollen Kundgebungen gegen das kriegsverlängernde Treiben der Vaterlandspartei gegen den Lebensmittelwucher und

gegen die Verschleppungsmanöver der Wahlrechtsfeinde im preussischen Abgeordnetenhaus gestalteten sich die Volksversammlungen in Garburg, Wilhelmshurg und Staßfurt, in denen Genosse Otto Braun-Vorwärts vorige Woche über: Freiheit, Gleichheit und gleiche Recht sprach. Ueberall gaben die überaus zahlreich erschienenen Männer und Frauen durch stürmischen Beifall ihr Einverständnis mit dem Redner kund, der das Treiben jener reaktionären Kreise scharf geißelte, die durch die Vaterlandspartei gegen den Verständigungsfrieden wüsten, das Volk der Ausbeutung durch die Lebensmittelwucherer preisgeben und ihm das gleiche Wahlrecht verweigern.

Obwohl freie Aussprache zugesichert war, traten nirgends Gegner auf. Der Mut der Heimkrieger erschöpft sich eben nur in der Verprägung wehrloser Kriegsinvaliden.

Förderung des Lehrlingswesens durch Versicherung.

Man schreibt uns:

Die durch den Krieg bewirkte starke Verminderung der Zahl der Lehrlinge hat bei den Gewerbetreibenden ernste Bedenken wachgerufen. Diese Bedenken sind nicht unbegründet. Wenn auch in manchen Berufen eine recht ungesunde Lehrlingszuchtung betrieben wurde, die eine Eindämmung des Zustusses wünschenswert erscheinen läßt, so läßt doch das rapide Sinken der Zahl der Lehrlinge befürchten, daß darunter die Qualität unseres Gewerbestandes schwer leiden könnte. Bei dem Aufbau unserer Volkswirtschaft und der Wiedererobertung der verloren gegangenen Absatzmärkte wird die Qualität der Arbeit eine große Rolle spielen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist das Lehrlingsproblem eine Angelegenheit, die ernste Aufmerksamkeit erfordert. In manchen Gewerbe- und Industriezweigen, so zum Beispiel im Metallgewerbe, in der Holzindustrie, im Schuhmachergewerbe usw. haben sich bereits die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in gemeinsamen Beratungen mit diesem Gegenstand befaßt; zum Teil sind auch bereits Richtlinien für eine gemeinsame Förderung des Lehrlingswesens aufgestellt worden. In anderen Berufen, so zum Beispiel im Baugewerbe haben die Unternehmer das Angebot der Arbeiterorganisation, das Problem gemeinsam zu erörtern, abgelehnt, weil sie das Lehrlingswesen als eine Angelegenheit betrachten, in welcher sie allein und ohne Mitwirkung der Arbeiter zu entscheiden haben. Darüber ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ein wichtiger Grund für den Rückgang des Lehrlingswesens ist die Anziehungskraft, welche die Löhne in der Kriegsindustrie auf den schulentlassenen Nachwuchs und auf die Eltern ausübt. Bei der Schwierigkeit der Lebensverhältnisse ist es begreiflich, daß etwa die Kriegskrieger mit Sehnsucht des Augenblicks harret, wo der Sohn aus der Schule entlassen wird, um ihn in die Fabrik zu schicken, damit er zum Erwerb beitrage. Für die Ermüdung, daß es für die Zukunft des Jungen nützlicher wäre, wenn er ein Handwerk erlernen würde, bleibt da kein Raum. Vielfach wurde auch davon abgesehen, den Sohn in eine Lehrstelle zu bringen, wenn der Vater zu Hause war. Der Lohn in der Rüstungsindustrie war eben ein Lockmittel, dem so leicht nicht zu widerstehen war. In neuerer Zeit scheint in dieser Hinsicht eine Besserung eingetreten zu sein; der Andrang zu den Lehrstellen steigt wieder. Im Bezirk der Berliner Handwerkskammer sind seit März vorigen Jahres 2249 Lehrlinge angemeldet und 423 abgemeldet worden. Gegenwärtig sind etwa 10 000 Lehrlinge vorhanden, in der Friedenszeit sind es aber 41 000 gewesen.

Es sind verschiedene Mittel angewendet worden, um die Neigung, ein Lehrverhältnis einzugehen, zu fördern. Die Erhöhung der den Lehrlingen gewährten Entschädigung ist das nächstliegende, es ist aber leicht begreiflich, daß damit keine großen Erfolge zu erzielen sind. Einen eigenartigen Weg hat der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkskammer-Bereinigungen eingeschlagen. Er hat eine Lehrlingsversicherung eingeführt, die am 1. Januar 1915 in Kraft getreten ist. Dieser Einrichtung ist wohl der Gedanke vor, daß die Aussicht, später selbständig zu werden, einen Anreiz zur Erlernung des Gewerbes ausüben soll. Durch die Versicherung soll dem verheirateten Lehrling ein Kapital von 500, 1000, 1500 oder 2000 M. sichergestellt werden. Die Versicherungsdauer beträgt wenigstens 10 und höchstens 15 Jahre. Die Jahresprämie beträgt zur Erlangung eines Kapitals von 500 M. nach 10 Jahren 42,35 M., nach 15 Jahren 26,15 M. Um 2000 M. nach 10 Jahren zu erlangen, muß 169,40 M. jährlich gezahlt werden; das gleiche Kapital kann man sich nach 15 Jahren durch eine Jahresprämie von 104,50 M. sichern. Auf die Versicherungsbedingungen im einzelnen braucht man hier nicht näher einzugehen. Das wesentliche dabei ist, daß der Lehrling die Verpflichtung übernimmt, die Prämien während der Lehrzeit zu zahlen; damit soll die Gegenleistung für die Arbeit des Lehrlings ganz oder teilweise abgegolten sein.

Ob die Einrichtung wirklich den erwarteten Erfolg zeitigen wird, muß abgewartet werden. Vermutlich werden viele Versicherungen verfallen, weil die Weiterzahlung der Prämien nach Beendigung der Lehrzeit früher oder später eingestellt werden wird. Aber auch, wo dieser Fall nicht eintreten wird, wird das erpärte Kapital nur in Ausnahmefällen zur Errichtung eines selbständigen Unternehmens Verwendung finden. Wenn den Gründern als Hintergedanke der Plan vorgeht, haben sollte, auf diesem Wege das Kleinhandwerk zu heben, dann werden sie die Erfahrung machen müssen, daß einer zum Ausreifen beurteilten Produktionsform auch durch solche Mittel kein neues Leben eingehaucht werden kann.

Damit soll gegen die Versicherungseinrichtung an sich nichts gesagt sein. Auch der Arbeiter, der den Jugendtraum von dem Selbständigwerden ausgeträumt hat, wird gegebenenfalls ein kleines Kapital ganz gut brauchen können. Um die Handwerkslehre zu fördern, müssen aber andere Mittel angewendet werden. Nicht durch das Trugbild einer späteren Selbständigkeit soll man die jungen Leute zu locken versuchen. Man muß sie möglichst bald mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Lehrling es in der Regel nicht weiter bringt, als zum tüchtigen Arbeiter in seinem Beruf. Etwas Nützliches zu lernen, um später als Arbeiter in seinem Beruf ein gutes Fortkommen zu finden, das muß die Aufgabe des Lehrlings sein. In den Berufen, in welchen dem Arbeiter günstige Arbeitsbedingungen geboten werden und vor allem dort, wo die dem Lehrling gewährte Vergütung eine entsprechende ist, ist gewöhnlich auch der stärkste Lehrlingsandrang. Bei der Förderung des Lehrlingswesens muß diesem Moment die größte Bedeutung beigemessen werden. Eine angemessene Entlohnung des Lehrlings, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Ausbau der Tarifverträge zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen ist das beste Mittel, dem Gewerbe ausreichenden Nachwuchs zu sichern, auf der anderen Seite aber auch der Ueberfüllung vorzubeugen; ein Moment, das jedoch gegenwärtig nicht aktuell ist. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewerbe auf dem richtigen Wege befinden, die die Regelung des Lehrlingswesens in den Kreis der gemeinsamen löblichen Aufgaben einbezogen haben. Das Lehrlingswesen ist keine Aufgabe, welche die Unternehmer allein angeht; die Gewerkschaften haben dabei ein gewichtiges Wort mitzusprechen und sie müssen dieser Aufgabe die nötige Aufmerksamkeit zuwenden.

Groß-Berlin

Wahlrechtskommission.

Der Weisheit letzter Schluss, mein Sohn, heißt hierzulande „Kommission“. Darin wird peinlich durchgehensichert, was irgendwo als Meinung plätschert.

Die Kommission ist voll und ganz zu Fleisch gewordene Toleranz; das heißt: sie lacht die Antithesen zu Knuddelmuddel aufzulösen.

Ihr guter Zweck ist letzten Endes die Auflösung der Antithesen. Auf Deutsch gesagt: die Troschgebärden für jene, die nicht alle werden! Baulichen.

Die „Mitglieder-versammlung“ der Vaterlandspartei.

Ein Feldgrauer, der die Kirpibersammlung der Vaterlandspartei besucht hat, schreibt uns: Eine Stunde vor Beginn der „Mitglieder-versammlung“ stand ich inmitten des Andranges vor der Philharmonie und hatte nun Zeit und Ruhe, mit den Wartenden zu plaudern. Mich interessierte die Frage, woher wohl die vielen, vielen jungen Mädchen, die zahlreichen Pennäler, Zungburschen, Pfadfinder usw. die Einlaßkarten zu dieser „Mitglieder-versammlung“ haben mochten. Da erhielt ich nun auf meine Fragen rechts und links folgende Auskünfte: Ein junger Mann von 17 Jahren antwortet: „Ich habe zwei Karten geschenkt bekommen“; ein paar Krankenschwestern: „Uns hat der Oberstaabsarzt R. R. (sie nannten mir auch den Namen) Karten geschenkt“; ein paar Knaben im Alter von etwa 15—17 Jahren lachen und erzählen, daß ihr Vater Mitglied sei und „deshalb“ 6 Karten kriegt; ein älterer Herr sagt mir, daß er zur Schellingstraße gegangen sei und dort gesagt habe, er wolle in der Versammlung Mitglied werden, daraufhin habe er 2 Karten bekommen. Ein Dienstmädchen erzählt mir allerlei von ihrer Herrschaft, unter anderem: Gestern hätte die Gnädige zu ihr gesagt: „Verta, wollen Sie mit Ihrem Soldaten morgen in den Zirkus gehen?“ Als sie ja gesagt, habe ihr die „Gnädige“ 2 Karten geschenkt; sie habe geglaubt, es sei Vorstellung... Zwei blutjunge Burschen, die echt Berliner Wige rissen, antworten mir, daß sie die Karten „geschenkt kriecht“ hätten. „Von wem?“ „Det sa'k nich!“. Nach einer Viertelstunde Partiezeit stehe ich neben einem Jäger. Er sagt ungeniert: „Mein Olla, bei dem id Bursche bin, hat mir zwei Will-jetter vom Zirkus Busch jegeben un' jesagt, daß sie ooch vor de Philharmonie jilten“... Eine Künstlerin sagt mir: „Ich habe einige Karten von meinem Dienstmädchen bekommen, die wußte nichts damit anzufangen. Wo die sie her hat, weiß ich nicht“... Ein Schüler im blauen Matrosenanzug mit einem roten Winkel auf dem linken Arm sagt mir harmlos: „Ich habe gestern für meinen Vater 1 M. in der Schellingstraße (Bureau der Vaterlandspartei?) bezahlt, da bekam ich mit der Quittung 3 Karten.“ Das ist eine interessante Illustration zu der Beschwerde des freikonservativen Abg. Vidua, daß der Vaterlandspartei keine öffentlichen Versammlungen gestattet würden.

Arbeiter und Ernährungsfragen.

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, den 20. Januar, ist folgende Notiz enthalten:

Die Arbeiter im Kriegsernährungsamt. Gestern nachmittag fand im Kriegsernährungsamt die bereits angekündigte Besprechung der Arbeiter und Gewerkschaften mit den Vertretern des Amtes über Ernährungsfragen statt. Wie wir hören, haben sich die Arbeiter mit den Vereinbarungen, die kurz vorher mit den Vertretern der Großindustrie im Kriegsernährungsamt getroffen wurden, einverstanden erklärt. Der Schleichhandel soll energisch bekämpft und die Preistreiber der Großindustrie und einzelner Kommunen nach Möglichkeit eingedämmt werden. Vom Kriegsernährungsamt wurde versprochen, daß die Arbeiter auf legalem Wege die Mengen Lebensmittel erhalten sollen, die sie zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit brauchen.

Dazu wird uns von beteiligter Seite geschrieben, daß diese Veröffentlichung durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Es hat zwar eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiter im Kriegsernährungsamt am Sonnabend stattgefunden, die etwa 4 Stunden währte, aber eine Verständigung ist noch nicht erfolgt. Von der Lebensmittelpolitik der Kommunen war überhaupt nicht die Rede.

Der Magistrat und seine Bureauhilfsarbeiter.

Uns wird geschrieben: Von der kürzlich den Beamten und dauernd Angestellten der Stadt Berlin bewilligten einmaligen Teuerungszulage sind bekanntlich die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ausgeschlossen. Der Verband der Bureauangestellten hat daher an den Magistrat den Antrag gerichtet, auch den Hilfsarbeitern die einmalige Teuerungszulage oder eine entsprechende Erhöhung ihrer Tagelöhner zu bewilligen. Die einmalige Teuerungszulage der Verheirateten von 200 M. würde auf ein Jahr berechnet eine Erhöhung der Tagelöhner um 66 Pf. rechtfertigen. Die Befolgung gerade der Bureauhilfsarbeiter ist außerordentlich niedrig. Auf diese Eingabe hat nun der Magistrat folgende Antwort erteilt:

Magistrat.

Berlin O 2, den 14. Januar 1918.

Auf die Eingabe vom 28. Dezember. Die vorübergehend beschäftigten Hilfskräfte haben erst vor wenigen Monaten eine Aufbesserung ihrer Bezüge mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab erhalten. Schon jetzt wieder eine dauernde Erhöhung vorzunehmen, erschien nicht geboten. Diese dauernde Erhöhung des Einkommens ist zurzeit auch bei keiner der anderen Angestelltengruppen (Beamte, dauernd Angestellte) gegeben.

Die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage für die vorübergehend beschäftigten Hilfskräfte ist aber von beiden Gemeindebehörden abgelehnt worden. Diese Hilfskräfte haben nur eine beschränkte Stundenzahl zu arbeiten und sind in der Lage, über die dann verbleibende Zeit frei zu verfügen, während Beamte und Angestellte dauernd ihre volle Arbeitskraft der Stadt zur Verfügung zu stellen haben und deshalb unter anderem auch regelmäßig von jedem Nebenverdienst ausgeschlossen sind.

gez. Gurschowa.

Man muß sich wundern, wie hier einfach die Dinge auf den Kopf gestellt werden. Die Angaben in dem Schreiben des Magistrats widersprechen vollkommen den Tatsachen, die auch dem Magistrat bekannt sein müssen. Die Hilfsarbeiter haben nicht nur eine dreifache Stundenzahl zu arbeiten, sondern genau dieselbe Arbeitszeit wie die Beamten und Angestellten (7-8 Stunden pro Tag). In vielen Fällen müssen die Hilfskräfte ja die Stellen der eingezogenen Beamten beziehen. Jedenfalls müssen Sie genau wie die Beamten und Angestellten ihre volle Arbeitskraft der Stadt zur Verfügung stellen. Sie haben auch nicht die Freiheit, nach Belieben Nebenbeschäftigung anzunehmen, da ihre Annahmeverbindungen ausdrücklich vorschreiben, daß sie Nebenbeschäftigung nur mit Zustimmung des Magistrats annehmen können. Man möchte doch eigentlich annehmen, daß dem Magistrat die Bedingungen, unter denen er seine Bureauhilfskräfte beschäftigt, bekannt sind. Wie kann er dann aber das vorstehende Schreiben hinausgehen lassen? Die Aufbesserung, die den Hilfsarbeitern vor einigen Monaten gewährt wurde, betrug 15-24 M. pro Monat, während die gleichzeitig bewilligte laufende Feuerzulage der Beamten und Angestellten 35 M. pro Monat bei den Unverheirateten und mindestens 50 M. bei den Verheirateten ausmacht. Die Hilfsarbeiter müssen einmütigen Protest gegen die so „begründete“ abnehmende Haltung des Magistrats einlegen. Sache der Stadtverordnetenversammlung wird es sein, diesen schlecht bezahlten Hilfskräften Hilfe zu gewähren.

Unzureichende Fleischzufuhr.

Der Berliner Magistrat schreibt: Die durch die ankaltenden Schneefälle bekanntlich im ganzen Reich hervorgerufenen Verkehrsstörungen haben naturgemäß auch die Zufuhr des Schlachtwiehes für Groß-Berlin verzögert. Hierbei ist zu bedenken, daß für den Viehtransport nicht nur die Hauptstreckenbahnen, auf denen der Verkehr immer noch einigermaßen regelmäßig aufrecht erhalten wird, sondern auch viele Neben- und Nebenbahnlinien, auf denen das Vieh den Sammelpunkten zugeführt wird, in Frage kommen. Außerdem müssen die Tiere, um vom Stall zur nächsten Eisenbahnstation zu gelangen, in vielen Fällen bis zu 5 Wegstunden und mehr über Land getrieben werden, was bei den verschneiten und vereisten Straßen fast unmöglich geworden ist. Unter diesen Umständen dürfte in den ersten Tagen dieser Woche nur wenig Fleisch auf den Markt kommen, während sich die Fleischausgabe in der Hauptsache voraussichtlich auf den Wochenablaß zusammenbringen wird. Es ist jedoch zu erwarten, daß es gelingen wird, die ganze zur Deckung des Wochenbedarfs erforderliche Menge heranzuschaffen.

Höchstpreisüberschreitung bei der Wumda.

Zu der Berichtung der Wumda wird uns von unserem Gewährsmann geschrieben:

Es ist wohl möglich, daß die leitenden Dienststellen dem Lebensmittelvertreter G. W. zu verstehen gegeben haben, daß er die Angelegenheit auf seine Koppe nehmen müsse. Er sagte aber des Bittern: Ich muß noch mal den Deputierten sprechen, wann die Ware ankommt. Tatsache ist aber, daß seine nächsten Vorgesetzten davon nicht nur wußten, sondern ihn mit Arbeit entlasteten und eine Aufbewahrungskammer zur Verfügung stellten.

Als dann am 9. Januar der Artikel „Waldbau mit dem Staatsanwalt“ erschienen war, kam der Ing. W. mit der aufregenden Nachricht gleich früh zu W. und in der ganzen Abteilung ging die Nachricht sofort wie ein Lauffeuer um. Seitdem wird uns kein Angebot mehr gemacht, sondern es wird nur mit einigen besonders „vertrauenswürdigen“ Herren getuschelt. Auch Ware wird wohl heimlich besorgt, jedenfalls merkt man's nicht genau.

Das in meinem vorigen Briefe Gesagte habe ich aber in allen Punkten aufrecht. Die Abteilung heißt: R. IIIa, Elektrische Abteilung, Spichernstraße 23, 4 Treppen.

Um die Tarifserhöhung.

Der Verbandsausführer des Zweiverbandes Groß-Berlin trat Montag zur Beratung von Verkehrsangelegenheiten usw. zusammen. Der Vorpäsident wohnte den Verhandlungen bei. Ein Interaktionsbericht über die Tariffragen der Großen Berliner Straßenbahn, als Referenten fungierten der Bürgermeister Dr. Reide und Verbanddirektor Dr. Steiniger. Der Interaktionsbericht beschränkte sich auf Antrag der Großen Berliner Straßenbahn zum Ausgleich für die von der Straßenbahn zu zahlenden Verkehrs- und Kohlensteuern eine Erhöhung von einem Pfennig für die Fahrt zu gewähren, obgleich diese Steuern nur einen halben Pfennig betragen, so daß die Gesellschaft also auch bei der Erhöhung um einen Pfennig noch einen erheblichen Gewinn erzielen würde, womit indessen die Straßenbahn nicht zufrieden ist. Die Berichtigen, die von verschiedenen Seiten nun in dieser Frage gemacht wurden, sind so verschieden, daß die Einzelberatungen noch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen dürften. Unter anderem wird der Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweiverband vorgezogen, ferner die Ausgabe von sogenannten Wandelaktien zu 12 1/2 Pf. für die Einzelsahrt, ferner die Verbedaltung des 10 Pf. Tarifs für kleine Strecken und die Einführung von Stokkettarifen. Zu einer Einheitsung ist der Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung noch nicht gelangt.

Im vergangenen Jahre hat die Große Berliner Straßenbahn eine Betriebseinnahme von 80 Millionen Mark erzielt. Eine Tarifserhöhung um 1 Pf. würde einer Mehreinnahme von rund 8 Millionen Mark entsprechen und eine Herabsetzung um 1 Pf. für jede Fahrt eine Erhöhung der Einnahmen um 40 Millionen Mark bedeuten.

Die Unhöflichkeit der Straßenbahnschaffnerinnen.

Die Direktion der Straßenbahn schreibt uns: „Vor kurzem erschien in den Tageszeitungen ein Bericht über eine Gerichtsverhandlung, wonach der vorliegende Richter erklärt hat, daß Straßenbahnschaffnerinnen zwar mitunter einen schweren Stand hätten, daß aber jumeist die Schuld auf ihrer Seite liege, wenn ein schlechter Ton und ein Draufsetzer im Straßenbahnverkehr eingetreten sei. Auf Grund dieser Erwägung verurteilte das Gericht eine Dame, welche die diensttunende Schaffnerin geohrfeigt hatte, zu der niedrigsten zulässigen Strafe von 5 Mark. Wir halten uns verpflichtet, gegen die Auffassung dieses Berichtsvorstehenden Verwahrung einzulegen. Zweifellos kommen hier und da Fälle vor, in denen unsere Schaffnerinnen sich nicht richtig benehmen. Im allgemeinen aber muß festgestellt werden, daß diese Frauen ihren sehr hässlichen Dienst mit großer Pflichttreue erfüllen und trotz der großen Verdunstung des Publikums ein verständiges Benehmen an den Tag legen. Es ist durchaus zu mißbilligen, wenn der Berichtsvorstehende Einzelsfälle zum Anlaß nimmt, eine ganze unter schwierigen Umständen arbeitende Frauenklasse in ihrem Ansehen herabzulassen. Wir haben gegen den Richter beim Kammergerichtspräsidenten Beschwerde eingelegt.“

Aufklärungsarbeit für die Volksgesundheit.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte setzt ihre Bemühungen fort, die Volksgesundheit durch belehrende und aufklärende Vorträge zu fördern. Aufklärung ist besonders nötig im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, den präveiduellen lange genug erschwert hat. Dr. S. Chajes, der an dem ersten von der Zentralkommission veranstalteten Vortragsabend dieses Winters über die Geschlechtskrankheiten sprach, betonte die Gefahren der Unkenntnis junger Leute. Hellbar sind alle Geschlechtskrankheiten, auch die schlimmsten und sogar Schwüle, wenn rechtzeitig ein Arzt hinzugezogen wird und er die Behandlung ausreichend lange fortsetzen kann. Der Kampf gegen diese Krankheiten wäre leichter und die daraus resultierende Schädigung der Volksgesundheit könnte gemildert werden, wenn nicht Unwissenheit und Vernachlässigung ihnen den Boden bereiten. Für die Bevölkerungsbelehrung sind Geschlechts-

krankheiten — auch überstandene — verhängnisvoll, weil unter ihrem Einfluß viele Ehen unfruchtbar bleiben oder franken Nachwuchs liefern. Der Vortragende erwähnte die für Geschlechtskrankheiten nur in Großstädten eingerichteten Färkorgestellen, die man durch Vermehrung zu einem das ganze Land überziehenden Netz verdichten will. Sie geben die Möglichkeit, die bei Geschlechtskrankheiten auch nach erreichter Heilung noch wünschenswerte Beobachtung der Ehezeiten durchzuführen und die Aufklärungsarbeit wirksam zu unterstützen.

Wieder mehr Heiratslust?

In Berlin wurden während des eben abgelaufenen Jahres 1917 im ganzen 14 848 Ehen geschlossen. Auf die einzelnen Monate verteilen sie sich so: Januar 925, Februar 716, März 1244, April 1226, Mai 1296, Juni 1076, Juli 1113, August 1061, September 1365, Oktober 1548, November 1116, Dezember 1659. Ungewöhnlich ist, daß diesmal unter allen Monaten des Jahres der Dezember die meisten Eheschließungen hatte. Gegenüber dem Jahre 1916, in dem nur 13 967 Ehen geschlossen wurden, hat das Jahr 1917 eine kleine Mehrung der Heiraten gebracht. Das Ergebnis von 1917 bleibt hinter den Jahresergebnissen der Zeit vor dem Kriege noch beträchtlich zurück. Beachtenswert ist aber die zum ersten Male wieder eingetretene Zunahme.

Preiserhöhung der Friseur. Eine Versammlung der selbständigen Friseure Groß-Berlins beschloß einstimmig, einen Mindestpreis von 30 Pfennig für Rasieren und 70 Pfennig für Haarschneiden festzusetzen und die Preise für die übrigen Arbeiten im Friseurgewerbe in gleicher Weise zu erhöhen. Diese Sätze sollen nicht als Kriegspreise gelten, sondern dauernd, also auch nach dem Kriege erhalten bleiben. Es handelt sich, wie ausdrücklich betont wurde, um Mindestpreise, die für das Gebiet Groß-Berlin gelten, aber je nach Art und Lage des Geschäfts höher bemessen werden können. Als wünschenswert und berechtigt wurde es bezeichnet, daß jede besondere Leistung, welche der Kunde verlangt, auch besonders bezahlt werden muß. Die Vorstände der Organisationen sollen die zur Durchführung der Preiserhöhung erforderlichen Maßnahmen treffen.

Zur Begründung der Preisfestsetzung wurde ausgeführt, daß sie mit Rücksicht auf die jetzigen Feuerungsverhältnisse notwendig sei, um den Angehörigen des Friseurgewerbes eine angemessene Vergütung ihrer Arbeitsleistung und die wirtschaftliche Gleichstellung mit anderen Handwerklern zu gewähren. Der Preis von 30 Pf. für Rasieren und 70 Pf. für Haarschneiden, der in vielen Geschäften schon jetzt gefordert und gezahlt werde, würde dem Friseur bei laubere Arbeit immer noch einen geringeren Verdienst bringen, als die in Fabriken beschäftigten Schloffer und Dreher haben. Dazu komme, daß ja der Friseur erhebliche Geschäftskosten habe, die dem Arbeiter nicht entfallen.

Vergiftungen. Drei Gasvergiftungen werden vom Montag wieder gemeldet, ein Unglücksfall und zwei Selbstmorde. In der Planensfeldestraße 6 wurde die 32 Jahre alte Frau Verta Eisner, deren Mann im Felde steht in ihrer im dritten Stock des Seitenflügels gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß aus einer undicht gewordenen Leitung Gas ausgetreten war. — Aus unbekanntem Grund vergiftete sich mit Gas der 53 Jahre alte Schlosser Stanislaus Jarantowski aus der Breslauer Straße 24 und ein 62 Jahre alter Karl Wielers aus der Weberstraße 60. — Im Hotel vergiftet hat sich in der Invalidenstrasse eine weißrussische Person, die unter dem Namen Anni Görs aus Dramenburg eingekehrt war, deren Persönlichkeit aber noch nicht festgestellt ist. Nach einem hinterlassenen Briefe hat die Fremde Suizid begangen.

Schöneberg. Um die städtische Drucker. In der Stadtverordnetenversammlung am Montag beschwerte sich Friederichs (Fr. Frkt.), daß der Magistrat für die städtische Druckerei eine Maschine angeschafft hat, ohne die Bewilligung der Stadtverordneten einzuzahlen. Es sei aber Pflicht der städtischen Verwaltung, den Druckereibesitzern am Ort meist Entgegenkommen zu zeigen. Redner beantragt daher, durch Verkauf der Maschinen die Drucker erheblich einzuschränken. — Salomon (Lib. Frkt.) bedauerte, daß der Magistrat das Bewilligungsrecht nicht gewährt, erkannte jedoch die Notlage an und sprach gegen den Antrag der Freien Fraktion. Stadtrat Eisenführ erklärt die Anschaffung der Maschine für notwendig, da einige Schnellpressen derzeitig reparaturbedürftig geworden sind, was unmöglich damit gearbeitet werden konnte. Die Mittel dazu waren auch bereits im Etat bewilligt. — Stadtrat Schäfer wies nach, daß die Drucker ausgebeizt arbeiten und sehr erhebliche Ueberlöhne abwirft. Die Aufträge, die an die Privatdruckereien abgegeben wurden, sind selbst nach siebenmonatiger Frist nicht ausgeführt worden. Es fehlt entweder an Papier oder sonstigem Material. In weiser Voraussicht hätte der bestorbene Stadtrat Rosenberg alles dieses reichlich und rechtzeitig beschafft, so daß es nun der Stadt zugute kommt. Das Bewilligungsrecht der Stadtverordneten ist gewahrt, da für diesen Titel 18 000 M. bewilligt worden sind und nur 9000 M. ausgegeben wurden. — Genosse Käfer erklärte, daß der einzelne sich dem Allgemeinwohl unterordnen habe und daß daher auf einzelne Druckereibesitzer keine Rücksicht genommen werden könne. Es sei recht erheulich, daß die städtische Drucker so gut arbeite. Es sei Pflicht des Magistrats, die Drucker weit mehr auszubauen und sämtliche Arbeiten der städtischen Verwaltung dort selbst auszuführen.

Charlottenburg. Lebensmittel. Bis einschließlich Sonntag, den 27. Januar, wird auf die Groß-Berliner Nahrungsmittelzulagekarte für Jugendliche ausgegeben: auf Abschnitt 1 100 Gramm Teigwaren.

Die Entnahme kann in dem Kolonialwarengeschäft erfolgen, in dem der Haushalt der Jugendlichen in die Kundenliste für Kolonialwaren eingetragen ist.

Vom Donnerstag, den 24. Januar bis Sonnabend, den 2. Februar findet eine allgemeine Verteilung von Teigwaren und eine Sonderverteilung von Marmelade, letztere auf die ab 26. Dezember noch rückständige allgemeine Verteilung statt. Es werden verabfolgt: 150 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 1/2 Pfund Süßfruchtarmelade zum Preis von 90 Pf., oder an deren Stelle soweit der Vorrat reicht, ausländisches Apfelkompott zum Preis von 1,20 M. auf Abschnitt 174 der Charlottenburger roten Nahrungsmittelkarte. In derselben Zeit wird kondensierte Milch auf die Haushaltungszugskarten, Serie IV, ausgegeben, und zwar werden verabfolgt: 2 Büchsen kondensierte Magermilch zum Preis von 1 M. auf Abschnitt Q der Haushaltungszugskarten, Serie IVb — große Haushaltungen bezw. 1 Büchse kondensierte Magermilch auf Abschnitt Q Serie IVa — kleine Haushaltungen oder 2 bezw. 1 Büchse Vollmilch zu den bekanntgegebenen Preisen je nach Vorrat.

Neukölln. Ungültige Stadtverordnetenwahl. Der Wahlausschuss wird der morgen tagenden Stadtverordnetenversammlung empfehlen, die am 23. September v. J. im 12. Bezirk der III. Abteilung erfolgte Wahl des Genossenschaftsbeamten Mäke zum Stadtverordneten für ungültig zu erklären.

Der Ausschuss stützt sich darauf, daß bei der Wahl ein Eigentümer zu wählen war, der Wahlausschuss nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts aber Mäke diese Eigenschaft nicht zu billigen wollte.

Lebensmittel- und Brennstoffversorgung. Auf einen Abschnitt der Lebensmittelkarte gelangt demnach ein Pfund Marmelade in den Kolonialwarengeschäften zur Ausgabe. Bis auf weiteres wird jetzt für jeden Haushalt ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl auf Abschnitt U der Haushaltungskarte ein Griechisches Süßholz abgegeben. Bis einschließlich Donnerstag hat gegen Ausgabe des Bestellabschnitts der Kaffee-Erlagkarte Nr. 8 die Anmeldung zum Bezuge von Kaffee-Erlag zu er-

folgen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß das Mittelstück der alten Neuköllner Lebensmittelkarte aufzuheben ist, da voraussichtlich auf dieses noch Lebensmittel zur Verteilung gelangen werden. Die für die zweite Winterhälfte neu ausgegebenen Kohlenarten berechtigen von jetzt ab zur Entnahme von Kohlen. Zur Vinderung der Brennstoffnot hat der Magistrat auf dem städtischen Holzplatz am Oberhofen, Zugang von der Lahnstraße, einen Brennholzverkauf eingerichtet. Das Holz wird sowohl in Rollen und Kloben als auch geschnitten abgegeben. Zahlmangel des Kaufpreises erfolgt an Ort und Stelle. Eine vorherige Bestellung im Rathaus ist daher nicht notwendig. Zum Kauf der Holz sind auch die Einwohner der Gemeinde Berlin-Vertrag berechtigt. In den städtischen Verkaufsstellen wird der Verkauf von Kaffee auf die Neuköllner Haushaltungskarte (eine Karte je Haushalt) fortgesetzt.

Wilmerdorf. Zusatz-Nahrungsmittel für Kinder. Auf die für Kinder im 1.-4. Lebensjahre ausgegebenen Januar-Bezugskarte über Zusatz-Nahrungsmittel kommen zur Ausgabe: für Kinder im 1. Lebensjahre (hellblaue Bezugskarte) je 1 Pfund Anorrisches Hafermehl zum Preis von 64 Pf.; für Kinder im 2.-4. Lebensjahre (gelblich-braune Bezugskarte) je 1 Pfund Hafersoden zum Preis von 56 Pf. und je 1 Pfund Zwieback zum Preis von 1,60 M. Die Entnahme der Waren hat bis zum 30. Januar zu erfolgen. Auf die für Kinder im 2.-4. Lebensjahre ausgegebenen blauen bzw. gelben Dezember-Bezugskarte über je 2 Pfund Zusatz-Nahrungsmittel, auf die bisher nur je 1 Pfund Griechisch abgegeben worden ist, wird nunmehr noch 1 Pfund Zwieback abgegeben. Die Entnahme hat bis zum 26. Januar zu erfolgen.

Die Sparkasse kann auf einen außerordentlich günstigen Abschluß zurückblicken. Der Zuwachs an Spareinlagen beträgt im Jahre 1917 fast 6 1/2 Millionen, über dreimal soviel als seit Bestehen der Kasse überhaupt eingetretene größte Zunahme an Einlagen. Der Einlagenbestand erhöhte sich demgemäß von 12 141 025 M. auf 18 873 888 M. Auch die Kontenanzahl überstieg alles Erwarten. Nicht weniger denn 6474 neue Konten wurden errichtet. Außerdem flossen der Giroabteilung 974 806 M. Depositengelder zu.

Steglitz. Vom Landaufenthalt. Wie einem jetzt erschienenen ausführlichen Bericht des Gemeindevorstands über die Veranstaltung des vorigen Sommers zu entnehmen ist, wurden 1744 Kinder in 46 Gruppen unter Führung je eines Lehrers oder einer Lehrerin auf dem Lande untergebracht. Davon waren 29 Gruppen mit 1164 Kindern im Kreise Randow, 12 mit 420 im Kreise Britz und 5 mit 169 (katholischen) Kindern im Kreise Konig verteilt. Der größte Teil der Kinder war in Einzelgruppen untergebracht, bei den Ortsfarrern, Lehrern, Bauern, Tagelöhnern und Inspektoren, und manches Kind hat — wie der Bericht sagt — bei den armen Tagelöhnern und Inspektoren eine gar liebevolle Aufnahme und treffliche Verpflegung gefunden. Ueber die Verpflegung im allgemeinen wird gesagt, daß sie höchstens zwar einfach, aber allenthalben gut und reichlich war. Die Beschäftigung der Kinder wird wie folgt geschildert: „Die Mädchen hielten im Garten giesen und Obst abnehmen, Tisch decken, Geschir abtrocknen, Viehfutter schneiden, Kartoffeln für den täglichen Bedarf ausnehmen, Gänse hüten, Hühner und Hunde füttern, Kühe hüten und Essen auf Feld tragen. Die Knaben wurden vielfach als Hülfsleistungen verwendet, leisteten wertvolle Dienste beim Wenden, Binden und Laden des Getreides oder begleiteten den Hausherrn bei seinen Ausfahrten. Einige hielten selbständig Dinger, eggen und pflügten.“ 17 Unfälle verliefen bis auf drei harmlos. Ein Knabe verletzte sich die Hand in einer Dreifachmaschine, die er heimlich in Bewegung gesetzt hatte, ein anderer Knabe und ein Mädchen ertranken leider beim verbotswidrigen Baden. Ueber die unrichtige Verpflegung der Kinder wird berichtet, daß in leerstehenden Kellerräumen oder an den Kochmüttern, in denen die Dorfschulklassen nicht unterrichtet wurden, die Steglitzer Kinder Unterricht in Religion, Deutsch, Rechnen, Geschichte und Gesang durch ihre eigenen Lehrer bzw. Lehrerinnen erhielten. Nur in einigen Ortschaften wurden die Steglitzer in die Dorfschule eingereiht. Der Bericht schließt mit den Worten: „Jedenfalls ist es nicht zweifelhaft, daß die Veranstaltung sich bewährt hat. Die Hinausführung der Kinder aufs Land im Jahre 1917 war zwar erst der erste große Versuch, da indessen der Wurf gelungen ist, wird die Gemeinde sich wohl nicht scheuen, den betretenen Weg im kommenden Jahre weiterzugehen.“

Teget. Lebensmittel. Auf Abschnitt 1 der neuen Lebensmittelkarte kommen jetzt 150 Gramm Graupenrölze (11 Pf.) und auf Abschnitt 2 150 Gramm Teigwaren (27 Pf.) entnommen werden.

Britz. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschnitt 14 Graupen (100 Gramm je Person), Abschnitt 15 Dörrenmehl (100 Gr. je Person), Abschnitt 16 Tee (2 Pakete je Haushalt), Abschnitt 17 Magermilch (eine Dose für Haushalt bis 2 Person), Goldmilchpulver (50 Gr. für Haushalt über 2 Person), Abschnitt 18 Salz (1/2 Pfund je Person bei den Kleinhändlern), Abschnitt 19 Marmelade (1/2 Pfund je Person ab Donnerstag bei den Kleinhändlern), Abschnitt 20 Sonderverteilung, Abschnitt 21 verschiedene Waren (Vrotanstrich, Fleischextrakt, Scholle in Apf., Würstchenfleisch, Fischlauge, Klippische) und auf Abschnitt 5 und gegen Vorlage der Fleischkarte Leberwurst (1/2 Pfund für Haushalt, bis zu 4 Person, 1 Pfund für Haushalt über 4 Person).

Rosowes. Lebensmittel. Heute und morgen findet auf Abschnitt 62 der Lebensmittelkarte die Ausgabe von Hülsenfruchtmehl statt. Auf den Kartenabschnitt entfallen 125 Gramm zum Preis von 25 Pf. Der Abschnitt 61 der Karte und der Ruderzugkarte müssen noch heute dem Kleinhändler zur Anmeldung vorgelegt werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Heute, abends 8 1/2 Uhr, in der Vereinsbrauerei, Hermannstraße: Versammlung der weiblichen Mitglieder. Vortrag des Stadtv. A. Scholz über: Waldow im Kampfe gegen Neukölln. „Vorwärts“-Referenten haben Zutritt.

Wilmerdorf. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im „Stadtpart“, Kaiserallee 51/52. Vortrag: „Die Friedensfeinde.“ Ref.: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn.

Spandau. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Steinweg, Viktoriastr. 8, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, 2. Die politische Lage. Referent: Genosse Emil Stahl. 3. Bericht von den Verhandlungen mit dem Magistrat über die Lebensmittelversorgung. Referent: Genosse Willi Jahnke. 4. Äquationsfragen. „Vorwärts“-Referent willkommen.

Berichtszeitung.

Höchstpreisüberschreitung.

Das Kammergericht hatte in einem interessanten Strafprozeß gegen den Geschäftsführer Fuchs des bekannten Café Bauer in Berlin das letzte Wort zu sprechen. Der Geschäftsführer hatte die Anordnung getroffen, daß die Köchinnen im Café Bauer Torte nur dann verabfolgen sollen, wenn auch Getränke von den Gästen bestellt werden. Als vor einiger Zeit im Café ein Kaufmann mit seiner Gattin erschien und ein Stück Torte bestellt, er-

Der Tatar.

Von Dölar Währle.

Der Tatar, den ich hier auf dem Korn habe, trieb sich in Wilna hauptsächlich in der Gegend der unteren Popowischyna umher. Später aber, als seine Unternehmungslust stieg, machte er die Salzschmelze und — wenn's hoch kam und es frische Mägen gab — am Schabbes auch die Färbergasse untscher. Ueber diesen engen Bezirk hinaus ist er aber meines Wissens nie gekommen.

Dieser hierher verpörrte Kossak war ein höchst merkwürdig gewandeter Gänkel Mensch. In Deutschland hätte man ihn in seinem Anzuge nicht frei umherlaufen lassen: Hagenbed hätte ihn sicherlich in seine Tier- und Völlerichau mitgeschleppt. Hier aber in Wilna ließ man ihn ruhig gewähren — zur Verzierung des Stadtbildes und zur Belustigung der Gassenjungen.

Von hinten merkte man an ihm weiter nichts Auffälliges. Er wies da den breiten, dem Soldaten gewohnten Anblick des pelzbedeckten, hornlosen Panzer-Rüstels auf. Damit aber der Tatar zum Vorschein kam, brauchte er nicht gekragt, sondern nur umgedreht zu werden. Da sah denn das erstaunt sich weitende Auge ein Gesicht, wie man es wohl in schlechten Silberbüchern dem Sonnenkönig Artika aufgemalt findet: gelb wie getrocknete Zitrone, bodenständig, schlagartig, niederstirnig; kurzum der Abklatsch Chinas.

Es wurde vorhin von einem Buckel gesprochen, der pelzbedeckt war. Das stimmt nicht ganz; denn es war kein Pelz, in dem der Tatar eingemummt ging, sondern nur eine Sammlung von Teilen von Kleidungsstücken, die ursprünglich einmal zu einer Art Winterpelz gehörig haben mochten. Was aber nicht ausschloß, daß der Tatar diese Lederreste von Kamischen, Nagel-, Gams- und Schafselen auch im heißesten Sommer trug. Freilich, um diese Kleidung erträglich zu machen, war ein Zuzug von Fellen, das sich in Gestalt eines länglichen Säckchens vorband, der sich über die zottige Brustwand hinzog. Aber die Bezeichnung dieser Einrichtung mit Luft- oder Lüftungloch stimmt auch nicht. Es mußte Fangloch heißen; denn diesem nützlichen Zwecke diente es. Sie, wenn die vom Schmutz schwarzegebirzte Hand hineinfuhr, sah man sie ohne reiche Leute zurückschrecken. Säube und Hemden trug der Tatar keine; dafür schlang er aber einen Filzhut ohne Krempe, der ausfaß, als ob sämtliche Kartooffeln drin geotten würden.

Doch so wild, rindbinmäßig und herbeblemend er auch aussah, sein Herz war zahn und mild, tierhaft schüchtern beinahe. Jormig habe ich ihn nur dreimal getroffen.

Das erstmal wollte er von einem Feldwebel, der ihn abgeknipst hatte, einen Rubel Trintgeld haben. Da wurde er ausgelacht. Jormig schnappte er Gessell und Strahlenfalle und kaufte damit, von einer großen Schar Menschen verfolgt, bis zum alten Judenfriedhof hin und warf das Ganze in eine Kallgrube. Hernach kletterte er gewandt wie eine Eicheläule auf einen Baum hinauf, mederte wie eine Biene, streckte allen Leuten die rote Zunge heraus und war durch seine Macht der Erde zu bewegen, herunter zu kommen.

Das andere Mal hatte er irgendwo eine Brotkruste aufgegabelt und sah nun damit auf einem Straßensbord und ah und ah. Da kam nun eine alte Bettlerin gelaufen, stellte sich vor ihn hin, redete mit Mund, Hand und Knäsel und wollte etwas von dem Brot abschneiden. Die Alte kam vom Reden ins Schreien. Der Tatar hörte mit Knien auf und fing zu knurren an, wie ein Hund, den man beim Fressen stört. Ein böses Funkeln kam in seine Augen. Rauchend sprang er auf, steckte den Rest der Kruste in den bekannten Säckly und entließ schimpfend in einen Hof. Die Alte, zeternd, leidend, hinterdrein.

Das dritte Mal kam er, von einer Kinderchar aufgelächert, unter einer Treppe verborgen, wo er geschlafen hatte. Die Kinder ärgerten den plumpen Geistes, riefen ihn mit Schimpfnamen. Nicht genug damit, fingen sie an, Steine aufzuheben und nach ihm zu werfen. Als der erste, Natsch, den Kopf traf, fachte den Tataren unabhängiger Jörn. Von einem Baum brach er eine Latte los und sprang, das Holz wie ein Nächstschwert schwingend, in summer Wut den Kindern nach. Das sah aus wie der Teufel auf der Jagd nach armen Seelen. Die Kinder retteten sich aufschreiend in den nächsten Hausgang. Da stand der Tatar ohne Macht, weinend vor Jörn, kramphast die Hände schüttelnd. Als zuviel Leute kamen, warf er den Latteknüttel in die Gasse, spuckte aus und zottelte davon.

Er lebte das natürliche Leben eines Tieres. Was kümmerten ihn die Sagen von wohlthätiger Menschen! Wenn Regen, wenn Nacht war, froh er irgendwo unter. Schien die Sonne, so war er da schlaflos zu treffen, wo sie am heißesten hinschien. Hatte er Durst, so legte er sich lang über den Brunnen hin und soff aus dem

Troge. Und die Muttergottes im Brunnenstock hielt auch über ihn segnend die Hand auf. Hatte er Hunger, so soufte er schon, wo's Abfälle gab.

So erschöpfte sich sein Leben in wohlgerundetem Kreis. Und seine Tage würden vollkommen gewesen sein und ohne jede Beschwerde, wenn nicht im Hintergrund der Welt mit dem Holzknäppel, das drohende Gespenst der Einziehung zum Arbeiterbataillon gestanden hätte; denn vor der Arbeit hatte er eine heilige Scheu. Ein einziges Mal nur habe ich ihn einen Wasserkrug schleppen sehen.

Selt dem ersten Schneefall ist der Tatar von der Straße verschwunden. Wie von der Erde verschlungen.

Gestorben?

Von der Kopfsteuer vertrieben?

Aufgegriffen und im Laubicht?

Oder doch von Hagenbed für seinen Pirkus gewonnen?

Ich weiß nicht. Ich weiß nur, daß seine an hellem Sonntag von jenem Feldwebel photographierte lobliche Gestalt, in das Biered einer Postkarte gezwängt, beinahe schon in jedem Papierladen zu kaufen ist. Und da sie bloß zehn Pfennig kostet, ist der gute Tatar auf dem besten Weg, eine Wilnaer Berühmtheit zu werden.

Eine Anstalt für experimentelle Biologie.

An der Universität Jena wird aus Mitteln der Carl-Zeiß-Stiftung zur Pflege der Entwicklungs-Physiologie eine Anstalt für experimentelle Biologie errichtet, die erste in Deutschland. Ueber dieses wichtige Institut, das unter der Leitung des Zoologen Julius Szagez stehen soll, hat die „Frankfurter Zeitung“ Näheres erfahren. Der experimentellen Arbeitsweise die technischen Hilfsmittel zu bieten, die sie zu der Lösung von Problemen der allgemeinen Lebenskunde bedarf, ist der Zweck der Anstalt für experimentelle Biologie. Vorläufig werden die Einrichtungen für zwei Gebiete erstellt: für die Physiologie der Entwicklung und Formbildung und die Erforschung des tierischen Verhaltens.

Die Entwicklungs-Physiologie und Entwicklungs-Mechanik steht zu den Grundfragen der allgemeinen Biologie in enger Beziehung. In den dreißig Jahren seit ihrer Begründung durch Wilhelm Roux hat sie nicht nur höchste theoretische, sondern auch praktische Bedeutung für Chirurgie und Orthopädie gewonnen. In der neuen Anstalt werden für ihren Betrieb Anlagen zur Haltung und Zucht kleiner Tiere in Aquarien, Terrarien und Insektenarien, ein Laboratorium für die Ausübung von Operationen am lebenden Objekt und Einrichtungen für Gewebekulturen vorhanden sein. Dazu kommt ein mit besonderer Sorgfalt ausgestattetes mikroskopisches Laboratorium, da die Verbindung des Experimentes mit biologischen und cytologischen Untersuchungen einen sich immer mehr vertiefenden Einblick in das organische Gesetzmäßige geben verpricht.

Die Erforschung des tierischen Verhaltens hat bisher in Deutschland fast gar keine Förderung erfahren. Sie ist aber der erste unbedingt notwendige Schritt zu der Befassung mit dem lebendigen Objekt, die bisher in der Zoologie einermäßig vernachlässigt wurde. Es gilt, das Tier in seiner natürlichen Betätigung und in der Abhängigkeit von seinen Lebensbedingungen kennen zu lernen. Mit Hilfe des Versuchs unter künstlichen Bedingungen wird dazu das Zustandekommen der einzelnen Leistungen in ihren besonderen Beziehungen zur Umwelt ermittelt. Physiologie und Physiologie haben davon Nutzen, und die Lehre vom Haushalt in der Natur, die sogenannte Oekologie, wird schärfer, als es gemeinhin geschieht, erfaßt. Auf diesem Wege werden zugleich die Voraussetzungen und Grundlagen gewonnen, die für die angewandten Wissenschaften zur erfolgreichen Pflege nützlicher und Bekämpfung schädlicher Tiere nötig sind. Der technischen Bewältigung dieser Aufgaben dienen die bereits vorhin genannten Einrichtungen zur Tierhaltung, die für gewisse Kulturzwecke einen besonderen Ausbau erfahren. Die Apparatur für Beobachtung und Experiment muß für dieses Gebiet zum großen Teil erst geschaffen werden. Dafür dürften die äußeren Umstände an keinem Ort so günstig liegen wie in Jena, wo dem neuen Institut die Zusammenarbeit mit den Jansen Carl Zeiß und Schott u. Genossen möglich ist.

Die Jagd nach dem verlorenen Radium.

In Kaposvárs-Spital in Budapest wurde ein Krebskranker mit Radium behandelt. Durch einen Verbandsstreifen wurden zwei Nähnadeln des kostbaren Stoffes befestigt. Bei Abnehmen des Verbandes ereignete sich aber ein unangenehmes Versehen. Es wurde nur ein Nähnadel entfernt, das andere mit dem Verbandstoff be-

festigt, so daß damit 20 bis 25 000 Kronen verloren gegangen wären. Glücklicherweise ist man nun im Kriege mit Verbandstoffen sparsam geworden und befestigt sie nicht ohne weiteres, sondern führt sie nach gründlicher Reinigung geeigneter Wiederverwendung zu. Der Verlust des Nähnadels mit Radium aber war erst nach einigen Tagen bemerkt worden, und alles Suchen in dem abgelegten Verbandstoff führte zu keinem Ergebnis. Man glaubte schon an einen Diebstahl. Da wandte sich der Direktor des Spitals an den Budapest Radiologen Dr. Wesselsky, und diesem gelang es, wie die „Zeitung des Allgemeinen Österreichischen Apothekervereins“ mitteilt, mit Hilfe eines Cernischen Elektroskopes das Radium zu entdecken. Im Keller des Spitals befanden sich die gebrauchten Verbandstoffe und bei ihnen zeigte der Ausschlag des Elektroskopes die Anwesenheit des kostbaren Ausreißers an.

Walter Hasenclevers „Antigone“.

Am Sonnabend las in der Gesellschaft für etruskische Kultur im Rathhausaal Direktor Roest von der Reichsischen Hochschule für dramatische Kunst Walter Hasenclevers „Antigone“-Drama. Es ist der Kampf um den Sieg ständiger Ideen, den der junge Dichter in dem antiken Stoffe, den er neu ergreift, zu verkörpern versucht. Wegen das Recht der Gewalt stellt er das Gesetz der Liebe, das die Macht vernichtet und die Welt aus Haß und Zwang in die Freiheit allgemeiner Menschlichkeit führt. Antigone wird zur Verkörperin einer neuen Sittlichkeit und zum Opfer für ihren Sieg.

Die Tochter des Oedipus, die den Vater wider den Befehl Kreons begräbt, sagt von der Schuld ihres Vaters: „Nicht das war seine Schuld, daß unerkannt der Sohn den Vater schlug — nein, daß der Mensch im Haß den Menschen tötet, der ihm Feind“. „Ich kenne ein Gesetz, noch ungeschrieben, von keinem Herold in die Welt polaut, so alt wie Du und ich: es heißt die Liebe“. „Ja, Oedipus war arm und blind, doch seine Augen brannten in das Gute. Das Blut von seinen Augen tropfte nieder auf eine Erde mörderischer Luft von Krieg und Mäße, Haß und Eitelkeit. Dieser Bettler, den die Götter, Rache der unersättlichen Ringe hungern ließ, ist das nicht unter König?“. Auf den Ideengehalt kommt es an, wesentlicher als auf die Gestaltung. Antigones Tod wird zur „Lai des lebendigen Herzens“, die „unflüchtig Mauer der Feindschaft“. Kreons Rache erliegen, darf sie zu Kreon die Worte sprechen: „Aus der Tiefe des Hellsen habe ich dein Volk gebauet. Jetzt ist es mein Volk!“. Zum Schluß spricht ein Mann aus dem Volke: „Gedächtnis wanden. Die Nacht ist zu Ende. Wer groß war, stirzt in den Abgrund. Die Tore donnern zu. Folgt mir! Ich will Euch führen, der Wind steigt aus den Trümmern. Die neue Welt bricht an.“

Das Starke an dieser Dichtung ist die Leidenschaft des stillosen Willens, die im fortziehenden Rhythos der Rede glüht. Die Worte sind Kraft und Plommen, heiliger Jörn und reiner Glaube. Die Gestalt der Antigone ist von seelischer Schönheit; die übrigen Figuren aber bleiben im Skizzenhaften. Herr Roest wurde leider der gewiß nicht leicht zu lesenden Dichtung nicht ganz gerecht.

Notizen.

— Volksbühne. In Kleists „Hermanns Schlacht“, deren Erstausführung am Freitag stattfindet, wirken in den Hauptrollen Deacch, Panköddy, Diegelmann, Winterstein, Krauß und Deutsch.

— Kleines Theater. In der am Donnerstag stattfindenden Uraufführung von „Rants“ werden die beiden volkstümlichen Figuren aus dem alten Berlin, der Eckensteher Rants und der Rentier Buffeg, von Alfred Abel und Lupa Sid gespielt.

— Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur. In Dortmund wurde die Bildung eines Provinzialausschusses für Westfalen beschlossen, der während des Krieges in Verbindung mit dem stellvertretenden Oberkommando des 7. Armeekorps Münster ein westfälisches Heimfronttheater ins Leben rufen wird. Dieses Theater soll am 8. Februar im Hildesheimer Stadttheater eröffnet werden.

— Unterrichtsreise in Dänisch, Norwegisch und Schwedisch hält an der Humboldt-Akademie Freie Hochschule Dozent J. H. Andresen in der Georgenstr. 80/81 und Niederwall-12 an den Dienstag-, Donnerstag- und Freitag-Abenden.

— Neue große arktische Inseln nordwestlich von Vanikoro hat Stefansson nach einem Telegramm aus Fairbanks in Alaska im Frühjahr 1918 entdeckt. Er macht auf sie Anspruch für den kanadischen Staat.

Rasend tobte die Champagneeschlacht. Es kamen viele Jäger durch die Wundunden, lange Lazarettzüge mit dem groß aufgemalten, weithin sichtbaren roten Kreuz. Manche Nacht fuhr Hedwig Bertholdi jäh erschreckt aus dem Schlaf auf — ihre beiden Söhne standen im Westen — durch die tiefe Stille der Vorortnacht tunkte die Dampfmaschine vom Turm des Feuerwehrgebäudes ihr klagendes, schauerlich-hohles Signal. Es brannte nicht, es wurden Verwundete auch hier ausgeladen.

Die größeren Schüler waren zur Hilfeleistung aufgeboten; die Schülermüße schief auf den Knabenköpfen, am Arm die Samariterbinde, stürmten sie mit ihren Tragbahnen zum Bahnhof. Manche Mutter sah ihnen angstvoll nach: Wenn der Krieg noch lange dauerte, kam auch ihr Junge noch daran. Zitternde Gebete stiegen auf zum nächsten Himmel. Der stand wunderbar friedsam und herblich hoch über der Erde. Er ließ seine Sterne geruhsam glänzen, über klare Augen, die alles sehen und die nichts kann erschrecken.

Aber den Menschen gab das stille Leuchten da oben von seiner Ruhe nichts ab. Glaubte man nicht Gedrüll zu vernahmen, Gedrüll von Kanonen, Gedrüll von Menschen? Bimmern von Granaten, die in Stücke springen, und Bimmern von Menschen, die durch sie zerrissen werden? War die sonst hier so reine, ländliche Luft nicht voll von Pulverdampf, von erstickenden Gasen und Blutgeruch? Nein, bis hierher drang nicht das Loben der Schlacht und ihre schaurigen Dünste, und doch war man mit dabei, mitten in ihr wie in den Schützengraben, und mitten zwischen den flümmenden Kolonnen. Mit all ihren Särcden war die Oktobereschlacht bis hierher gekommen. Man wagte nicht frei mehr zu atmen: kamen die Feinde durch? Es waren ihrer so viele: Franzosen, Engländer und all das schwarze Gefindel. Würde es ihnen gelingen, die Unseren zu überrennen?

Eine bohrende Angst kroch in die Herzen hinein wie ein Wurm und höhle sie aus. Die, die nichts mehr zu verlieren hatten, starrten wehmütig auf die anderen hin; sie kannten es: wer von jenen würde zuerst vergeblich auf Antwort harren? Wer bekam dann den Brief zurück? Auf dem Felde der Ehre gefallen? Beneidenswert die Mutter, die dann noch Näheres hörte, die erfuhr, wo ihr Kind gebettet war. Nicht allen ward es so gut.

(Fortf. folgt.)

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Annemarie war achtzehn. Immer kann man doch nicht traurig sein. Und der Krieg mußte doch auch einmal ein Ende nehmen, und dann würde alles wieder gut. Daran, daß ihr Vater dann nicht mehr da sein würde, dachte sie nicht. Wenn die schlaute, gesunde Junge vorm Spiegel stand, lächelte ihr ein rosiges Gesicht mit strahlenden Augen entgegen; das Blau, daß der Kummer um den Vater und die knappe Zeit bei der Mutter darauf gelegt, war hier bald ganz verschwunden. Mit Schwärmerlei sah sie zu Frau Bertholdi auf. Die war ihr das Ideal der großen Dame. Die trug so schöne Kleider, wie sie kaum welche gesehen — die Bekannten in Koblenz trugen sich viel einfacher. — Es kam ihr unendlich vornehm vor, so lange im Bett zu liegen und sich dem Mädchen frisieren zu lassen. Oft ruhte ihr Bild bewundernd auf Frau Bertholdis wohlgepflegten weißen Händen mit den spitze geschnittenen blanken Nägeln und den diesen Ringen. Die Hände ihrer Mutter waren nicht so geschont gewesen und außer dem Trauring war kein Schmuck daran. Die arme Mutter hatte sich immer sehr plagen müssen — ja, freilich, wenn es nach was aussehen soll und ist doch nichts dahinter!

Jetzt überließ Annemarie oftmals ein leiser Schauer, wenn sie an manches zurückdachte. Nun, da sie das Befagen des Wohlstandes kennen gelernt hatte, kam ihr manches, was ihr früher begehrtestwert erschienen war, ja einzig-erbtrennenswert: eine solche Heirat, wie ihre Mutter getan, furchtbar vor. Sie dachte an Heiraten, sie mußte daran denken, sie mußte: ich habe nichts gelernt, und Geld habe ich auch nicht, ich habe nur mein hübsches Gesicht, meine schöne Gestalt und meine achtzehn Jahre. —

Hedwig verzog sie. Alles, was sie an Härlichkeit während ihres Alleinseins aufgespeichert hatte, schüttete sie über das Mädchen aus. Was ihr erbärmlich geschmacklose Näheren hatte Annemarie mitgebracht! Und sie fuhr mit ihr nach Berlin und stattete sie aus, und alles mußte Annemarie sehen, und sie weidete sich an ihrem Entzücken. Nun war es fast, als ob kein Krieg wäre, und fast so, als ob sie wieder mit jung würde. Dieses Mädchen des Mädchens, dieses zönnende, sorglos-rheinische Lingerfüllte Mädchen!

Kein Brief ging ins Feld an die Söhne, in dem nicht von der „Pflegetochter“ ausführlich die Rede war. Was Annemarie dachte, was sie sagte, was sie tat, wie sie aussah, wie sie andern gefiel, alles war wichtig. „Ein reizendes Mädchen“, schrieb Bertholdi, als seine Frau ihm eine Photographie einsandte. Auch an Heinz ging eine — „Sieht famos aus“, schrieb er. Und an Rudolf. Der erwähnte aber nichts weiter davon. Und das kränkte die Mutter. Ach, ihr Jüngster hatte sich doch sehr verändert — überhaupt beide Söhne. Sie fragten kaum mehr: wie steht es zu Hause? Sie waren dem Einstr' völlig entrückt. Als ob es nichts anderes auf der Welt mehr gäbe als Unterstand, Schützengraben, Minen, Voltrefresser, Handgranaten, Gasangriffe. Und mit einer Kaltblütigkeit, die sie wie Robott berührte, beschrieb Rudolf, er, der keinem Tier etwas zu leiden hatte tun können, der die Vögel im Winter gefüttert, der jeden Hund gestreichelt, das jährliche Ende des Feindes, der in seinen Graben eingedrungen war. Die Mutter sorgte: zu lange schon waren sie aus der geordneten Häuslichkeit fort, es wurde Zeit, daß der Krieg aufhöre, damit die Söhne wieder zurückkehrten ins bürgerliche Leben, zu ihren Studien, zu ihren früheren Interessen. Es war ihr manchmal, als seien das ihre Söhne nicht mehr, an die sie schrieb, als seien es fremde Männer. Längst erwachsene, harte Männer, ihrem Einfluß, dem Einfluß alles Weicheren entzogen. Das waren die Jungen nicht mehr, denen der Abschied so schwer gefallen war. Noch sah sie ihres Rudolfs junges Gesicht vor sich mit den Lippen, die so blaß geworden waren. Es hatte seltsam gezuckt in seinen Jügen — wollte er wehnen? „Meine liebe Mutter“, — er hatte die Arme nach ihr ausgestreckt, der Zug fuhr ab. Würde sie es denn noch einmal hören, ebenso weich und innig: „Meine liebe Mutter?“

Aber Annemarie, der sie die Briefe der Söhne vorlas, fand es ganz selbstverständlich. „Die müssen doch anders werden, sonst schaffen sie's nicht. Ich finde es herrlich so. Ich wünschte, ich könnte auch dabei sein!“ Und sie fing ein Lied an zu trällern, das sie oft gehört, wenn die Soldaten an ihrem Haus in Koblenz vorbei marschierten, wer weiß wohin, in den Krieg:

„Musketier sein'st lust'ge Brüder,
Gaben guten Mut,
Singen lauter lust'ge Lieder
Sind den Mädchen gut.
Sidera, sidera, sidera kalla!“

